

VOLKSWIRTSCHAFTSDIREKTION

I. Direktion und Generalsekretariat	1
1. Aufgaben	1
2. Tätigkeit	1
3. Interkantonale Zusammenarbeit	3
4. Streitigkeiten	3
5. Gesetzgebung	3
II. Wirtschaftsförderung Kanton Freiburg	3
1. Aufgaben	3
2. Tätigkeit	4
3. Neue Regionalpolitik	4
4. Wirtschaftsförderungsmassnahmen (Gesetz vom 3. Oktober 1996 über die Wirtschaftsförderung)	5
III. Amt für den Arbeitsmarkt	5
1. Aufgaben	5
2. Ordentliche Tätigkeit	5
IV. Öffentliche Arbeitslosenkasse	9
1. Aufgaben	9
2. Tätigkeit	9
V. Handelsregisteramt	10
1. Aufgaben	10
2. Tätigkeit	10
3. Gesetzgebung	11
VI. Amt für Verkehr und Energie	11
1. Aufgaben	11
2. Tätigkeit	11
VII. Amt für Statistik	13
1. Aufgaben	13
2. Tätigkeit	13
VIII. Wohnungsamt	15
1. Aufgaben	15
2. Tätigkeit	15
IX. Amt für Berufsbildung	17
1. Aufgaben	17
2. Tätigkeit	17
X. Fachhochschule Freiburg für Technik und Wirtschaft	19
1. Aufgaben	19
2. Tätigkeit	19
3. Gesetzgebung	23
XI. Personalbestand	24

DIREKTION

I. DIREKTION UND GENERALSEKRETARIAT

1. Aufgaben

Die Volkswirtschaftsdirektion (VWD) ist für die Förderung der Wirtschaft des Kantons einschliesslich des Tourismus zuständig. Sie beschäftigt sich ferner mit dem Verkehr, der Energie, dem Wohnen und der Statistik. Sie gewährleistet über das Handelsregister die Transparenz und die Sicherheit des Geschäftsverkehrs. Sie befasst sich zudem mit allen Fragen der Beschäftigung und der Arbeitslosigkeit sowie der Berufsbildung, der höheren Bildung und der Nachdiplombildung in Technik und Wirtschaft. Die Direktion wird von Beat Vonlanthen, Staatrat, geleitet.

Das Generalsekretariat steht seit dem 1. Juli 2008 unter der Verantwortung von Christophe Aegerter, Generalsekretär. Er unterstützt die Leitung und Verwaltung der Direktion und führt die ihm übertragenen Aufgaben hauptsächlich auf planerischer, logistischer und repräsentativer Ebene aus. Er übt Stabsaufgaben aus und unterstützt die Verwaltungseinheiten der Direktion.

2. Tätigkeit

2.1 Ordentliche Tätigkeit

Das Berichtsjahr wurde durch die Umsetzung der Neuen Regionalpolitik (NRP) im Kanton Freiburg geprägt. Konkretisiert wurde die NRP durch die Unterzeichnung der Programmvereinbarung mit dem SECO, die Annahme des Reglements über den Fonds für die NRP sowie durch die Prüfung der ersten beiden Projekte, die von diesem Fonds unterstützt werden (das Wissenschafts- und Technologiezentrum des Kantons Freiburg [WTZ] und die wirtschaftliche Innovationsplattform [INNO-FR]). Die VWD hat sich ferner mit der Erarbeitung einer kantonalen Strategie im Bereich der Schwarzarbeit beschäftigt und die Erfolgskontrolle von zwei wichtigen Projekten übernommen: der Kauf der Schule für Multimedia und Kunst Freiburg (EMAF) durch den Kanton und die Erneuerung der Freiburger Basisseilbahnen. Die damit verbundenen zwei Dekrete wurden zu Jahresende vom Grossen Rat angenommen.

2.2 Besondere Ereignisse

2.2.1 Kommission für den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland

Die Kommission fällte 2008 insgesamt **87 Entscheide**:

- 71 Bewilligungen;
- 3 Entscheide über die Nichtunterstellung unter die Bewilligungspflicht;
- 7 Aufhebungen von Auflagen;
- 2 Kennnismnahmen vom Rückzug eines Gesuchs;
- 1 Zusatzwerbung;
- 1 Entscheid gemäss Art. 8 Abs. 1 Bst. d BewG (Zwangsverwertung);

- 1 Entscheid gemäss Art. 8 Abs. 1 Bst. c (gemeinnütziger Zweck);
- 1 Entscheid gemäss Art. 8 Abs. 1 Bst. b (ausländisch beherrschte Versicherungseinrichtung).

Die **71 Bewilligungen** betrafen:

- 25 Bewilligungen für den Verkauf von Sozialwohnungen;
 - 46 Ferienwohnungen:
- | | |
|----------------------------|----|
| – Sektor Jauntal und Berra | 18 |
| – Sektor Vivisbach | 7 |
| – Sektor Greyerz | 3 |
| – Sektor Sense | 14 |
| – Sektor Bulle | 4 |

2.2.2 Tourismus

Gemäss den jüngsten Daten des Bundesamts für Statistik (BFS) verzeichnete die Schweizer Hotellerie, die den wichtigsten Zweig der Branche darstellt, 2008 eine Zunahme der Übernachtungen um etwa 2,7%. Diese Bilanz ist umso erfreulicher, als die Zahlen von 2007 bereits auf eine deutliche Intensivierung der Tätigkeit hinwiesen.

Ausgehend von den verfügbaren Informationen hat das BFS für die Hotellerie ein Jahresergebnis von 37,3 Millionen Übernachtungen errechnet, was einer Zunahme von knapp einer Million Übernachtungen entspricht. Dieses Resultat erreicht schon fast die Rekordergebnisse früherer Zeiten.

Im Gesamtergebnis haben die Übernachtungen von Schweizer Gästen um 370 000 (+ 2,4%) zugenommen. Die Übernachtungen von ausländischen Gästen, die 57% der Gesamtnachfrage ausmachen, nahm um etwa 2,8% zu, und zwar hauptsächlich dank den europäischen Gästen aus den klassischen Herkunftsländern: Deutschland (+ 230 000 Übernachtungen, bzw. 3,8%), Frankreich (+ 71 000, bzw. 5,2%) und Italien (+ 24 000, bzw. 2,1%). Ausserdem wurden bei den Ländern, deren nationale Fussballteams in der Endrunde der Europameisterschaft in der Schweiz spielten, einige spektakuläre Wachstumsraten registriert: Holland (+130 000 Übernachtungen, bzw. 14%), Portugal (+ 18 400, bzw. 16,9%) und Türkei (+ 22 000, bzw. 28,2%). Die Gästezahl aus Übersee hat hingegen im Vergleich zum Vorjahr abgenommen: - 147 000 Übernachtungen, bzw. - 8,8% Touristen aus Amerika und - 61 000, bzw. - 11% Touristen aus Japan. Dieser Rückgang lässt sich hauptsächlich durch die ungünstigen Wechselkurse erklären.

Wie die übrige Schweiz verzeichnet auch die Freiburger Hotellerie weiterhin deutlich bessere Resultate gegenüber den Vorjahren, in denen sie auch schon sehr gut abgeschnitten hat. Knapp 17 600 Übernachtungen mehr (d. h. eine Zunahme um 4,6%) wurden registriert, die sowohl Schweizer Gästen (+ 5,9%) als auch ausländischen Gästen (+ 2,6%), insbesondere Gästen aus den Niederlanden (+ 35,9%), Deutschland (+ 11,4%) und Spanien (+ 9,2%), zu verdanken sind. Hinzu kommt, dass auch die Anzahl Ankünfte/Gäste um rund 6% zugenommen

hat, was den steigenden Bekanntheitsgrad und die Vertrauenswürdigkeit des Freiburger Tourismusangebots bestätigt.

In der Parahotellerie, die für das Freiburgerland von Bedeutung ist, sich aber hauptsächlich auf Zweitwohnungen abstützt und folglich weniger kommerziell und weniger konjunkturabhängig ist, weisen die ersten Ergebnisse von 2008 auf eine Stabilisierung der Resultate der vergangenen Jahre hin.

In Bezug auf die Übernachtungen fällt die Bilanz des Freiburger Tourismus für 2008 sehr positiv aus. Ebenso erfreulich sind die Resultate beim Tagestourismus, denn der Winter 2007/08 war schneereich, und auch im Sommer haben sich die meisten Regionen des Kantons mit den registrierten Besucherzahlen zufrieden erklärt.

Unter den Ereignissen, die das Freiburger Tourismusjahr 2008 besonders – und positiv – prägten, sind ausserdem zu erwähnen:

- die Beherbergung verschiedenster Gäste im Zusammenhang mit der Euro 08 (französische Fussballnationalmannschaft, Medienzentren, Zustrom von Fans);
- die ausserordentliche, im Dezember 2008 durch den Grossen Rat beschlossene, finanzielle Hilfe von 25 Millionen Franken, die über den Tourismusförderungsfonds die Erneuerungsprojekte der wichtigsten Basisseilbahnen des Kantons unterstützt: La Berra, Charmey, Jaun, Moléson-sur-Gruyères und Schwarzsee;
- die Erarbeitung eines analytischen und prospektiven Dokuments durch den Freiburger Tourismusverband (FTV), das unter dem Titel «VISION 2030» die Entwicklungsstrategie des Freiburger Tourismus festhält. Der FTV will seine Tätigkeit in Zukunft an dieser Vision orientieren;
- der Beginn oder die Vollendung mehrerer grösserer Bau-, Umbau- oder Renovationsvorhaben touristischer Art an verschiedenen Orten im Freiburgerland: Bulle, Freiburg, Gruyères;
- die Durchführung zahlreicher Werbekampagnen in der Schweiz, in Deutschland, Spanien, Frankreich, Grossbritannien, Italien und den Vereinigten Staaten durch den FTV in Zusammenarbeit mit den regionalen Tourismusorganisationen und den kantonalen Entwicklungsschwerpunkten, aber auch im Rahmen wichtiger Partnerschaften mit Schweiz Tourismus, Genf Tourismus, dem Amt für Tourismus des Kantons Waadt und Wallis Tourismus;
- der Empfang von über 80 Tourismusmedien und Partnern durch den FTV in Zusammenarbeit mit Schweiz Tourismus und den wichtigsten Freiburger Tourismusregionen und -orten, u. a. aus Deutschland, Kanada, den USA, Frankreich, Grossbritannien, Ungarn, Italien, Russland und der Schweiz;
- die Weiterführung der Aktivitäten des kantonalen Fonds für koordiniertes Tourismusmarketing, der durch das Gesetz vom 13. Oktober 2005 über den Tourismus eingerichtet wurde, um die Werbeprojekte der Tourismusregionen des Kantons zu unterstützen (Estavayer-le-Lac und Region, Freiburg und Region, Châtel-St-Denis/Vivisbach, Greyerz, See, Romont/Glane sowie Schwarzsee-Senseland);
- die Durchführung verschiedener Tourismusveranstaltungen von nationaler und internationaler Bedeutung, darunter die Lancierung des nationalen Netzwerks für den Langsamverkehr «SchweizMobil» in Vully oder die beiden «Slow Up» vom Murtensee und vom Greyerzersee;
- die Herausgabe mehrerer Drucksachen und Materialien des FTV für die Freiburger Tourismuswerbung, insbesondere die Broschüre «Freiburgerland – Emotionen» (Basisdokument mit Infoteil zum touristischen Ganzjahresangebot im Kanton), der «Hotelführer», das Werbeblatt «Highlights», die Broschüre «Top-Angebote» und das «Wanderprogramm»;
- die zeitlich gestaffelte Inbetriebnahme der nunmehr koordinierten Webseiten der wichtigsten Tourismusorte des Kantons, parallel zum Betrieb des kantonalen Telematiksystems für Informationen und Direktreservationen durch den FTV für das Freiburger Tourismusangebot;
- der Betrieb der beiden kantonalen Tourismusinformationsstellen an den Raststätten Greyerz und Lully;
- die Herausgabe – mittlerweile über das Internet – des Mitteilungsorgans des FTV «Tourismus-Info»;
- die Dienstleistungen der vom FTV betriebenen Zentralkasse für die Aufenthaltstaxe zugunsten von dreizehn (der insgesamt achtzehn) lokalen Tourismusorganisationen im Jahr 2008;
- die Erschliessung und die Beschilderung mehrerer Routen für den Langsamverkehr im Rahmen des nationalen Projekts SchweizMobil sowie die touristische Nutzung der Freizeitwegnetze des Freiburgerlands;
- die Durchführung und der Abschluss der ersten Phase der Bestandesaufnahme des kantonalen Wanderwegnetzes;
- die Auszeichnung von drei weiteren touristischen Leistungsanbietern in Freiburg mit dem Qualitätslabel für den Schweizer Tourismus.

Mit dem ordentlichen Staatsbeitrag für die Tätigkeiten des FTV und dem Fonds für koordiniertes Tourismusmarketing der Region, zu dem etwa 1 300 000 Franken kantonale Aufenthaltstaxen zur Finanzierung der Dienstleistungen für Gäste kamen, wurden im Wesentlichen die touristischen Attraktionen bekannt gemacht und die Qualität von Information und Empfang verbessert.

Der kantonale Tourismusförderungsfonds, der am 31. Dezember 2008 einen Saldo von 1 490 000 Franken aufwies, führte seine Aktivitäten fort, mit denen er die Verbesserung der touristischen Infrastruktur fördert und unterstützt. In diesem Zusammenhang bestätigt der Verwaltungsausschuss früher eingegangene mehrjährige Verpflichtungen in der Höhe von etwa 1 020 000 Franken. Zu diesen ordentlichen Tätigkeiten kamen alle Arbeitsschritte im Vorfeld der ausserordentlichen Unterstützung der Freiburger Basisseilbahnen, die dem Grossen Rat zu Jahresende vorgelegt wurde.

3. Interkantonale Zusammenarbeit

Der Volkswirtschaftsdirektor ist Mitglied von vier interkantonalen Konferenzen.

Konferenz kantonalen Volkswirtschaftsdirektoren (VDK)

Die VDK traf sich 2008 zu zwei Sitzungen und am 23. Oktober zur Generalversammlung. Sie befasste sich insbesondere mit:

- den Bilateralen Schweiz-EU und den flankierenden Massnahmen;
- der Landeswerbung;
- der Finanzkrise;
- der Stiftung Forschung Schweiz.

Konferenz kantonalen Volkswirtschaftsdirektoren der Westschweiz (VDK-Westschweiz)

Die VDK-Westschweiz traf sich 2008 zweimal und behandelte insbesondere folgende Themen:

- das Konzept der Wirtschaftsförderung;
- die Revision der Statuten der VDK-Westschweiz;
- das Netzwerk PLATINN-Alliance.

Konferenz der kantonalen Direktoren des öffentlichen Verkehrs (KöV)

Die KöV hielt am 18. und 19. September 2008 ihre Generalversammlung ab. Sie prüfte namentlich Probleme und Fragen im Zusammenhang mit den Ausschreibungen, dem Wettbewerb und der Sanierung der Pensionskasse SBB/ASCOOP.

Konferenz kantonalen Energiedirektoren

Diese Konferenz traf sich 2008 zu zwei Sitzungen und behandelte insbesondere:

- das nationale Gebäudesanierungsprogramm;
- den Energiepreis;
- die Revision des Energiegesetzes.

4. Streitigkeiten

Die Direktion behandelt gemäss Artikel 116 Abs. 1 VRG Beschwerden gegen Entscheide ihrer Dienststellen, sofern das Gesetz keine direkte Beschwerde an das Verwaltungsgericht vorsieht. Der Stand der Beschwerden aus dem Jahr 2008 sieht wie folgt aus:

Eingereichte Beschwerden:	22
Bearbeitete Beschwerden:	28

davon

Gutgeheissen:	0
Teilweise gutgeheissen:	4
Abgewiesen:	15
Gegenstandslos oder zurückgezogen:	6
Unzulässig:	3
Am 1. Januar 2008 bei der VWD noch hängig:	8

Die Beschwerden betreffen die folgenden Dienststellen: Wohnungsamt, Amt für den Arbeitsmarkt, Hochschule für Wirtschaft, Hochschule für Technik und Architektur, Amt für Verkehr und Energie, Amt für Berufsbildung. Drei Ablehnungsentscheide wurden an das Verwaltungsgericht weitergezogen, eine Beschwerde zu den Gebühren wurde teilweise gutgeheissen, zwei andere Fälle sind noch hängig.

5. Gesetzgebung

5.1 Gesetze und Dekrete

Dekret vom 3. September 2008 über Verpflichtungskredite 2008–2011 nach dem Gesetz über die Wirtschaftsförderung.

Dekret über die Gewährung eines Verpflichtungskredits für den Erwerb des Gebäudes «La Timbale» und seiner Ausstattung, zurzeit Eigentum der Firma Schule für Multimedia und Kunst Freiburg AG (EMAF).

Dekret vom 3. Dezember 2008 über eine finanzielle Beteiligung des Kantons Freiburg an der Erneuerung der Basisseilbahnen von La Berra, Charmey, Jaun, Moléson-sur-Gruyères und Schwarzsee.

5.2 Verordnungen und Reglemente

Verordnung vom 31. März 2008 zur Änderung des Beschlusses über die Festsetzung eines Normalarbeitsvertrages für die Mitarbeiter im Hausdienst.

Verordnung vom 16. September 2008 über den Bestand der zivilrechtlichen Bevölkerung und der Wohnbevölkerung der Gemeinden im Kanton Freiburg am 31. Dezember 2007.

Reglement vom 10. Juni 2008 über den Wirtschaftsförderungsfonds.

II. WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG KANTON FREIBURG

1. Aufgaben

Die Wirtschaftsförderung Kanton Freiburg ist beauftragt, das Freiburger Wirtschaftsnetz auszubauen und die Schaffung von Arbeitsplätzen mit hoher Wertschöpfung zu begünstigen, indem sie die Ansiedlung neuer Unternehmen und die Erweiterung der Aktivität bestehender Unternehmen fördert. Sie ist ferner für die Umsetzung der Neuen Regionalpolitik auf Kantonsebene zuständig. Die Wirtschaftsförderung wird von Thierry Mauron, Dienstchef, geleitet.

2. Tätigkeit

2.1 Aktivitäten im Ausland

Die Wirtschaftsförderung unterstützte 2008 die Ansiedelung von rund fünfzehn neuen ausländischen Unternehmen im Kanton Freiburg, die grösstenteils aus den Vereinigten Staaten stammen, aber auch aus Frankreich, Belgien und Deutschland.

Die meisten dieser neu angesiedelten Unternehmen sind im Dienstleistungssektor tätig und werden insgesamt rund 150 Arbeitsstellen schaffen.

2.1.1 Direkte Kontaktaufnahme

Die Akquisitionstätigkeit im Ausland konzentrierte sich grösstenteils auf den nordamerikanischen Markt, woher die meisten der 2008 neu angesiedelten ausländischen Unternehmen stammen. Zwei Unternehmen aus dem Silicon Valley, die im Bereich der Spitzentechnologie tätig sind, haben ihren internationalen/europäischen Firmensitz im Kanton Freiburg eingerichtet.

Die Besuchsserien vor Ort ermöglichten Kontaktaufnahmen mit rund zwanzig multinationalen Unternehmen sowie mehreren international tätigen Unternehmen. Im Rahmen dieser Besuche organisierte die Wirtschaftsförderung auch Treffen mit zahlreichen Unternehmensberatern, Verbänden und anderen Partnern, deren Kunden oder Mitglieder neue Projekte generieren könnten. Ausserdem nahm die Wirtschaftsförderung an mehreren Fachtagungen auf verschiedenen Gebieten teil.

Dank diesen Aktivitäten konnten rund zwanzig ausländische Unternehmen, darunter sieben amerikanische multinationale Unternehmen, zu einem Besuch im Kanton angeregt werden, um die Ansiedlungsbedingungen und die Möglichkeiten einer Entwicklung ihrer Tätigkeiten genauer zu prüfen.

2.1.2 Gemeinsame Aktivitäten mit anderen Partnern

Die enge Zusammenarbeit mit der Genfer Wirtschaftsförderung ermöglichte zahlreiche Kontakte mit internationalen Unternehmen, die sich für die jeweiligen oder kombinierten Stärken der Kantone Genf und Freiburg interessierten. Dank der Unterstützung der Freiburger Wirtschaftsförderung konnten zwei amerikanische internationale Unternehmen von einer Ansiedelung im Kanton Genf überzeugt werden. Die Wirtschaftsförderung Genf hat ihrerseits die Ansiedelungen einer deutschen Gesellschaft sowie eines schweizerisch-luxemburgischen Industriebetriebs in Freiburg unterstützt.

Die gemeinsamen Interessen der Kantone Freiburg und Genf werden unter anderem auch in Hongkong und in Ostchina vertreten, in der Person eines dort tätigen Schweizer Rechtsanwalts, mit dem eine Zusammenarbeitsvereinbarung unterzeichnet wurde. Für die Neuansiedelungen im Kanton waren die Kompetenzen der Freiburger Hochschulen, die Verfügbarkeit von lokal ausgebildeten Fachkräften sowie die Unterstützung

durch bereits hier niedergelassene Unternehmen entscheidend.

2.2 Aktivitäten im Kanton

2.2.1 Wirtschaftsförderung im Kanton

Von den im Jahr 2008 betreuten Unternehmen kam knapp die Hälfte in den Genuss der internen Wirtschaftsförderung (Unterstützung von Freiburger Unternehmen für ihre Erweiterungsprojekte, Niederlassung von Schweizer Unternehmen im Kanton). Rund fünfzehn Unternehmen wurden ausserdem bei der Suche nach geeigneten Räumlichkeiten oder nach Bauland unterstützt.

2.2.2 Kontaktstelle für Unternehmen

Die Kontaktstelle für Unternehmen hat rund dreissig Firmen und Unternehmensgründer beraten und sie auf die verschiedenen Partner der Wirtschaftsförderung aufmerksam gemacht. Besonders der Verein Fri Up spielt auf diesem Gebiet eine zentrale Rolle; er bietet interessierten Unternehmen massgeschneiderte Lösungen an, die den jeweiligen Bedürfnissen entsprechen.

2.2.3 Bürgschaftsgenossenschaft West-Schweiz – KMU (CRC-PME) – Zweigstelle Freiburg

Die Zweigstelle Freiburg der Bürgschaftsgenossenschaft West-Schweiz – KMU (CRC-PME), deren Sekretariat sich zurzeit bei der Wirtschaftsförderung befindet, hat ihre Tätigkeit offiziell im Januar 2008 aufgenommen. In diesem ersten Jahr konnten mit Bürgschaften acht Freiburger Unternehmen unterstützt werden, 36 wurden über die Tätigkeit der CRC-PME informiert.

Jungunternehmen und KMU haben oft Schwierigkeiten, Bankkredite zu erhalten. Die CRC-PME erleichtert ihnen deshalb den Zugang zu Fremdkapital, besonders wenn die Kreditpolitik der Banken aus Konjunkturgründen restriktiver ist.

2.2.4 Frühstücks-Treffen der Wirtschaftsförderung

Die Wirtschaftsförderung organisiert neu das so genannte «Frühstücks-Treffen der Wirtschaftsförderung». Es richtet sich an Vertreterinnen und Vertreter von Banken, Anwaltskanzleien, Beratungs- und Treuhandgesellschaften des Kantons. Die Wirtschaftsförderung will diese Gelegenheit nutzen, um über aktuelle Themen der Wirtschaft zu informieren.

Das erste Frühstücks-Treffen fand am 18. November statt und war der Bürgschaftsgenossenschaft West-Schweiz – KMU (CRC-PME) gewidmet. Das Treffen soll in Zukunft drei- bis viermal pro Jahr stattfinden.

3. Neue Regionalpolitik

Das Bundesgesetz über Regionalpolitik und das revidierte Gesetz über die Wirtschaftsförderung sind am 1. Januar 2008 in Kraft getreten. Auf der Grundlage

des kantonalen Umsetzungsprogramms für die Jahre 2008–2011 haben der Kanton und der Bund eine Programmvereinbarung unterzeichnet, die in der erwähnten Zeitspanne alle Aspekte der Umsetzung der Neuen Regionalpolitik (NRP) regelt.

Der Staatsrat hat das Reglement vom 10. Juni 2008 über den Wirtschaftsförderungs-Fonds und der Grosse Rat das Dekret vom 3. September über Verpflichtungskredite 2008–2011 nach dem Gesetz über die Wirtschaftsförderung, das Kredite in der Höhe von 23 100 000 Franken vorsieht, angenommen. Diese beiden Gesetzestexte ergänzen das Gesetz über die Wirtschaftsförderung und ermöglichen eine optimale Anwendung der NRP.

Im August wurde die Website der NRP (www.regional-innovation.ch) online geschaltet. Sie stellt Interessierten, die ein Unterstützungsgesuch für ein Projekt beantragen wollen, die nötigen Informationen und Unterlagen zur Verfügung.

Die NRP unterscheidet drei Interventionsebenen: die kantonale, die interkantonale und die grenzüberschreitende Strategie. Im Rahmen der kantonalen Strategie wurden die zwei ersten Projekte genehmigt. Es handelt sich einerseits um die Gründung des Wissenschafts- und Technologiezentrums des Kantons Freiburg (WTZ-FR), das die Zusammenarbeit zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor auf dem Gebiet der angewandten Forschung fördert, und andererseits um die Innovationsplattform für Betriebe (INNO-FR), welche die Innovationskapazität bestehender Unternehmen steigern und die Unternehmensgründung auf diesem Gebiet fördern soll. Ferner wurden mit allen Regionalverbänden Verhandlungen über den Abschluss einer Leistungsvereinbarung aufgenommen, um die Zusammenarbeit zwischen dem Kanton und den Regionen im Rahmen der NRP zu regeln.

Die interkantonale Strategie gliedert sich in die Aktivitäten der Konferenz kantonomer Volkswirtschaftsdirektoren der Westschweiz ein. In diesem Rahmen wurden drei Fachplattformen sowie ein Innovationsförderungsprogramm für KMU lanciert.

Im Rahmen der grenzüberschreitenden Strategie wurde das Projekt einer Plattform Frankreich–Schweiz für Tourismusförderung rund um den Genfersee gewählt.

Der finanzielle Beitrag des Kantons an die NRP beläuft sich für 2008 auf 428 979 Franken für die kantonale Strategie, auf 302 221 Franken für die interkantonale Strategie und auf 12 500 Franken für die grenzüberschreitende Strategie.

4. Wirtschaftsförderungsmassnahmen (Gesetz vom 3. Oktober 1996 über die Wirtschaftsförderung)

4.1 Entscheide

Im Jahr 2008 prüfte die Kommission für Wirtschaftsförderungsmassnahmen fünf Gesuche, die in der Folge alle bewilligt wurden. Zwei weitere Gesuche wurden dem Staatsrat vorgelegt, sie wurden ebenfalls bewilligt.

4.2 Stand der Bürgschaften

Bürgschaften gemäss Bonny-Beschluss	Anzahl	Betrag Fr.
Stand am 31.12.2008	7	9 114 750

4.3 Zinskostenbeiträge an Unternehmen

	Betrag der Zinskostenbeiträge Fr.
Ab dem Jahr 1987 bis Ende 2007 ausbezahlte Zinskostenbeiträge	17 389 820
Bis Ende 2008 ausbezahlte Zinskostenbeiträge	1 920 000
Total	19 309 820

III. AMT FÜR DEN ARBEITSMARKT

1. Aufgaben

Das Amt für den Arbeitsmarkt (AMA) ist die kantonale Behörde, die sich mit der Beschäftigung und dem Arbeitsmarkt befasst. Es ist beauftragt, zu einem möglichst harmonischen Markt beizutragen. Das Amt ist an zwei Fronten aktiv: die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Beobachtung des Arbeitsmarkts, insbesondere im Bereich des Arbeitnehmerschutzes, der Anwendung des Freizügigkeitsabkommens und der Bekämpfung von Schwarzarbeit. Das Amt wird von Marc Genilloud, Dienstchef, geleitet.

2. Ordentliche Tätigkeit

2.1 Abteilung Arbeitslosigkeit

2.1.1 Arbeitslosenversicherung

Im Jahr 2008 ist die Arbeitslosenquote des Kantons angestiegen, von 2,9% im Januar auf 3% im Dezember. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote lag 2008 bei 2,5% (2007 bei 2,7% und 2006 bei 3%). Folgende Tabelle gibt Aufschluss über die Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Kanton verglichen mit dem Schweizer Durchschnitt.

	Kanton Freiburg			Schweiz	
	2007	2008	%	2008	%
Januar	4152	3648	2,9	111 877	2,8
Februar	3982	3465	2,7	108 457	2,7
März	3689	3253	2,6	103 777	2,6
April	3408	3022	2,4	100 880	2,6
Mai	3127	2781	2,2	95 166	2,4
Juni	2993	2706	2,1	91 477	2,3
Juli	3079	2824	2,2	92 163	2,3
August	3221	3063	2,4	94 039	2,4
September	3067	3117	2,5	95 980	2,4

	Kanton Freiburg			Schweiz	
	2007	2008	%	2008	%
Oktober	3128	3217	2,5	100 471	2,5
November	3207	3393	2,7	107 652	2,7
Dezember	3463	3847	3	118 762	3

2008 schöpften 667 Personen ihren Anspruch auf Leistungen der Arbeitslosenversicherung aus (769 im Jahr 2007). Bei den RAV waren im Jahresdurchschnitt 253 offene Stellen gemeldet.

2.1.2 Die regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV)

Der Kanton zählt drei RAV: das RAV Zentrum für den Saanebezirk, das RAV Süd mit seinen drei Anlaufstellen in den Bezirken Glane, Greyerz und Vivisbach und das RAV Nord mit seinen drei Anlaufstellen in den Bezirken Broye, See und Sense.

Im Monatsdurchschnitt führten die Personalberaterinnen und -berater 5619 Beratungs- und Kontrollgespräche und boten den Stellensuchenden 843 Stellen an. Ebenfalls im Monatsdurchschnitt arbeiteten 1269 Stellensuchende in einem Zwischenverdienst.

2.1.3 Arbeitsmarktliche Massnahmen (AMM)

Der AMM-Sektor stellt den RAV Instrumente zur Verfügung, damit sie die Vermittlungsfähigkeit der Stellensuchenden steigern können. 2008 wurde das Angebot der AMM revidiert, namentlich die Programme zur vorübergehenden Beschäftigung (PvB), die Motivationssemester (MoSe) und die Kurse.

36% des Budgets wurden für Qualifizierungsprogramme (QP) bereitgestellt, 33% für Kurse und Plattformen, 20% für MoSe und 11% für andere AMM (Einarbeitungs- und Ausbildungszuschüsse, Beiträge an Reisekosten).

2008 nahmen 1616 Personen an einem oder mehreren PvB teil, die durchschnittlich etwas weniger als drei Monate dauerten. 68% dieser Versicherten nahmen an einem QP bei einem subventionierten Anbieter, 17% bei einer nicht gewinnorientierten Institution und 15% bei einer Gemeinde, einer Dienststelle des Staats oder einem ausserkantonalen Anbieter teil.

Im Schuljahr 2007/08 nahmen 357 Jugendliche an einem MoSe teil, einer Massnahme mit einer durchschnittlichen Dauer von sechs Monaten.

Im Übrigen wurden den Stellensuchenden 3438 Massnahmen gewährt, mehrheitlich in der Form von Kursen auf verschiedenen Gebieten (Bewerbungstechnik: 40%; Sprachen: 33%; Informatik: 12%; andere, inklusive Lehrpraktika: 15%).

Die 946 bewilligten speziellen Massnahmen bestanden zu 49% aus Schnupperlehren, zu 23% aus Einarbeitungszuschüssen, zu 12% aus Förderungen einer selbständi-

gen Erwerbstätigkeit und zu 4% aus Ausbildungszuschüssen.

Die ausgesteuerten Arbeitslosen, die die gesetzlichen Bedingungen erfüllten, nahmen an Qualifizierungsprogrammen (QP BAHG) teil und erhielten dadurch eine neue Chance, wieder eine Stelle zu finden. 2008 kamen 86 Personen in den Genuss eines Vertrags mit einer nicht gewinnorientierten Institution, einer Gemeinde oder einer Dienststelle des Staats, und 41 Personen nahmen an einem QP bei einem Privatunternehmen teil, mit einer durchschnittlichen Dauer von 2,5 respektive 3 Monaten pro Person.

2.1.4 Frima 1606 und FRee Trading

Das AMA verwaltet zwei Massnahmen: Frima 1606 und Free Trading.

Das Qualifizierungsprogramm Frima 1606, dessen Ziel der Bau eines historischen Modells der Stadt Freiburg ist, wurde 2008 von 35 Versicherten besucht. Das Programm erhielt im Mai 2008 erneut die eduQua-Zertifizierung. Die im kaufmännischen Bereich tätige Übungsfirma FRee Trading, deren Organisation und Bestellungsverwaltung derjenigen einer privaten Firma entspricht, beschäftigte 128 Versicherte.

2.1.5 Ombudsstelle

Vom 1. Januar bis am 31. Dezember 2008 wurden 141 Einsätze registriert. Sie betrafen besonders Probleme zwischen den Versicherten und den RAV oder den Arbeitslosenkassen. Fast alle Versicherten waren mit der Dienstleistung des Ombudsmanns zufrieden.

2.1.6 Interinstitutionelle Zusammenarbeit

Die Interinstitutionelle Zusammenarbeit (IIZ) wurde im September 2008 auf dem ganzen Kantonsgebiet eingeführt. Die IIZ ist eine gemeinsame Strategie der regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV), der Invalidenversicherungs-Stelle des Kantons (IV-Stelle) und der regionalen Sozialdienste (RSD) mit dem Ziel, die Wirksamkeit der sozialen und beruflichen Wiedereingliederung der betroffenen Personen zu steigern. Die Partner der IIZ koordinieren ihre Arbeit, um das gesamte Verfahren von der ersten Situationsanalyse bis zur Wiedereingliederung zu verbessern. Am 31. Dezember waren im Bereich der IIZ 53 Fälle registriert.

2.2 Abteilung Arbeitsmarkt

2.2.1 Arbeitsinspektorat

Durch seine Tätigkeit und Aktionen (Kontrollen, Audits, Beratung, Information, Ausbildung, Sensibilisierung) gewährleistete das Arbeitsinspektorat die korrekte Umsetzung der Vorschriften in den Bereichen Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz sowie Arbeitsdauer und Ruhezeit bei den 111 222 erwerbstätigen Personen

des Kantons (Quelle: Statistisches Jahrbuch des Kantons Freiburg, Ausgabe 2009).

Zur Kontrolle des Arbeitnehmerschutzes besuchten die Arbeitsinspektoren, teilweise in Zusammenarbeit mit dem SECO (dem Eidgenössischen Arbeitsinspektorat) und der Schweizerischen Unfallversicherungsanstalt (SUVA), im Berichtsjahr 254 Betriebe (274 im Jahr 2007). Die Abnahme der Betriebsbesuche steht im Zusammenhang mit dem vorübergehenden Rückgang des Personalbestands beim Arbeitsinspektorat (Einstellung und Ausbildung eines neuen Inspektors, Weiterbildung von zwei Inspektoren).

Was die Gesundheit am Arbeitsplatz betrifft, hat das Interkantonale Labor für Gesundheit am Arbeitsplatz 21 Materialproben auf Asbestvorkommen geprüft. In sechs Proben wurde Asbest nachgewiesen. Die betroffenen Eigentümer wurden über die zu treffenden Massnahmen beraten und das Arbeitsinspektorat hat die Fälle registriert, um die Kontrolle sicherzustellen. Das Arbeitsinspektorat beteiligte sich ausserdem an einer interkantonalen Untersuchungskampagne über die Arbeitsbedingungen in Hallenbädern und kontrollierte insbesondere die Chloraminbelastung der Mitarbeitenden und der Besucherinnen und Besucher. In diesem Zusammenhang wurden acht Freiburger Hallenbäder besucht. Die Ergebnisse der Untersuchungen waren zufriedenstellend: Die Trichloraminkonzentration lag unter den empfohlenen Grenzwerten, ausser in einem Fall, wo die gemessene Konzentration den empfohlenen Grenzwert überstieg. Es wurden Massnahmen ergriffen, um diese Situation zu korrigieren.

Das Arbeitsinspektorat erteilt kurzfristige Bewilligungen (unter sechs Monaten) für Abweichungen von der wöchentlichen Normalarbeitszeit, während das SECO über Bewilligungen für Abweichungen während mehr als sechs Monaten entscheidet. Am meisten betroffen sind das Baugewerbe und der Vertriebssektor. 2008 hat das Arbeitsinspektorat 21 Gesuche abgelehnt, die zumeist eine Bewilligung für Sonntagsarbeit und Arbeit an Feiertagen beantragten.

	Bewilligungen erteilt durch das AMA		Bewilligungen erteilt durch das SECO	
	2007	2008	2007	2008
Nachtarbeit	70	87	115	45
Sonntagsarbeit	98	107	77	44
Durchgehender Betrieb	3	2	7	9
Dreischichtige Arbeit	8	–	–	–
Total	173	196	199	98

Alle Vergrößerungs- und Umbauarbeiten, die von Industriebetrieben im Kanton durchgeführt werden, müssen vom Arbeitsinspektorat genehmigt werden, das auch

die Betriebsbewilligung erteilt. Bei den nichtindustriellen Betrieben nimmt das Inspektorat eine Planbegutachtung im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens vor.

	2007	2008
Vergrößerungen (Umbau) von Industriebetrieben	20	26
Betriebsbewilligungen	8	21
Nichtindustrielle Betriebe	588	583
Total	613	630

2.2.2 Beobachtung des Arbeitsmarkts

Der Kanton Freiburg nahm an verschiedenen Erhebungen des Westschweizer und Tessiner Organs zur Beobachtung des Arbeitsmarkts (ORTE) teil:

- Entwicklung der Arbeitslosigkeit nach Wirtschaftszweig in der Westschweiz, Vergleich zwischen dem zweiten Halbjahr 2006 und dem zweiten Halbjahr 2007 (April 2008).
- Entwicklung der Arbeitslosigkeit nach Wirtschaftszweig im Kanton Freiburg, Vergleich zwischen dem zweiten Halbjahr 2006 und dem zweiten Halbjahr 2007 (Mai 2008).
- Entwicklung der Temporärarbeit in der Westschweiz (Dezember 2008).
- Entwicklung der Arbeitslosigkeit nach Wirtschaftszweig in der Westschweiz, Vergleich zwischen dem ersten Halbjahr 2007 und dem ersten Halbjahr 2008 (September 2008).

Der Kanton Freiburg hat zudem im Auftrag des Amtes für Statistik an der Schweizerischen Lohnstrukturerhebung (Erweiterung der Erhebung 2008) teilgenommen. Anhand der Ergebnisse dieser Erhebung konnte unter anderem ein Lohnrechner für den Kanton Freiburg erstellt werden; er ist auf der Webseite des Freiburger Organs zur Beobachtung des Arbeitsmarktes verfügbar.

2.2.3 Wirtschaftliche Landesversorgung

Die kantonale Zentralstelle für wirtschaftliche Landesversorgung nahm an den Arbeiten am Heizölrationierungsplan und am Treibstoffrationierungsplan teil. Sie nahm ferner an zwei Sitzungen des Bundesamts für wirtschaftliche Landesversorgung zu diesen Themen teil.

Der Gesetzesentwurf zur Ausführung des Bundesgesetzes über die wirtschaftliche Landesversorgung, der Ende 2006 in die Vernehmlassung ging, wurde verschiedentlich angepasst und wird 2009 dem Grossen Rat vorgelegt werden.

Die kantonale Zentralstelle hat einen Bildungsgang vorbereitet und ausgearbeitet, der sich an alle Gemeinden des Kantons und insbesondere an alle kommunalen Stellen für wirtschaftliche Landesversorgung richtet. Die entsprechenden Kurse fanden am 26., 27. und 28. Ja-

nuar 2009 statt und betrafen die Bestimmungen über Heizöl, die Rationierung von Brenn- und Treibstoffen und Nahrungsmitteln.

2.2.4 Abkommen über den freien Personenverkehr

Das Amt sorgt aktiv für die Umsetzung der flankierenden Massnahmen des Freizügigkeitsabkommens (FZA). Auf Freiburger Kantonsgebiet kontrolliert die Arbeitsmarktspektion die Arbeitnehmenden, die von ausländischen Unternehmen in die Schweiz entsandt werden, die selbständigen Dienstleistungserbringer sowie die Staatsangehörigen aus der Europäischen Union, die bei Schweizer Arbeitgebern eine Erwerbstätigkeit aufnehmen. Insgesamt wurden 382 Kontrollen durchgeführt, von denen 884 Arbeitnehmende betroffen waren.

Gemäss den gesamtschweizerischen Bestimmungen über die in die Schweiz entsandten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist das AMA die auf Kantonsebene zuständige Behörde. 2008 wurden 40 Beschwerden eingereicht und 14 Sanktionen verhängt.

Das vom Amt geführte Sekretariat der Aufsichtskommission über den Arbeitsmarkt bearbeitete 2730 Meldungen für 3585 Arbeitnehmende, darunter 1885 für entsandte Arbeitnehmende, 1595 für Arbeitsaufnahmen in der Schweiz und 105 für selbständige Dienstleistungserbringer.

2.2.5 Bekämpfung der Schwarzarbeit

Das AMA wurde vom Staatsrat im Sinne des Bundesgesetzes über die Bekämpfung der Schwarzarbeit (BGSA) zum zuständigen Kontrollorgan des Kantons ernannt. Im April und Juni 2008 wurde je ein neuer Inspektor eingestellt.

Das AMA hat seine Strategie zur Bekämpfung der Schwarzarbeit ausgearbeitet und sie über die Aufsichtskommission dem Staatsrat unterbreitet, der ihr am 30. September 2008 zugestimmt hat.

Das Inspektorat im Bereich der Schwarzarbeit hat 396 Kontrollen durchgeführt, sie betrafen 1357 Arbeitnehmende. 69 dieser Unternehmen und 140 Arbeitnehmende wurden angezeigt. Die meistverbreiteten strafbaren Handlungen betrafen die Bewilligungen im Bereich des Ausländerrechts.

Zwischen den verschiedenen Behörden, die für die Bekämpfung der Schwarzarbeit zuständig sind, wurde ein Treffen organisiert, wobei die Grundlagen einer ergiebigen Zusammenarbeit zwischen der Polizei, dem Untersuchungsrichteramt, dem Amt für Bevölkerung und Migration, der SUVA, der Kantonalen Sozialversicherungsanstalt und der Kantonalen Steuerverwaltung definiert wurden.

Für die Kandidaten von Patenten für öffentliche Gaststätten wurden fünf Kurse zum Thema Schwarzarbeit abgehalten.

2.3 Rechtsdienst

2.3.1 Entscheide und Rechtsgutachten

In seiner Funktion als kantonale Behörde erstellte der Rechtsdienst 4693 Entscheide und Rechtsgutachten im Bereich der Arbeitslosenversicherung und des Arbeitsrechts:

- Einstellungen in der Anspruchsberechtigung: 3775
- Vermittlungsfähigkeit und andere Entscheide: 256
- Erlass der Rückerstattungspflicht: 39
- Rechtsgutachten zu Arbeitslosenversicherung und Arbeitsrecht: 623

Der Rechtsdienst registrierte 2008 zudem 420 Einsprachen gegen Entscheide des Amts und fällte 404 Einspracheentscheide. 73,70% der Einsprachen wurden abgewiesen oder es wurde nicht auf sie eingetreten; 17,60% wurden gutgeheissen; 6,95% wurden teilweise gutgeheissen und 1,75% wurden als erledigt abgeschrieben.

Ferner wurden 2008 beim Verwaltungsgericht 37 Beschwerden gegen die Entscheide des AMA eingereicht. Der Rechtsdienst reichte zu 47 Fällen Bemerkungen zur Begründung ein. Das Verwaltungsgericht fällte 17 Entscheide. 52,95% der Beschwerden wurden vom Verwaltungsgericht abgewiesen oder es wurde nicht auf sie eingetreten; 5,90% wurden gutgeheissen; 11,75% wurden teilweise gutgeheissen und 29,40% wurden als erledigt abgeschrieben.

2.3.2 Kurzarbeits- und Schlechtwetterentschädigungen

	Betroffene Arbeitnehmer/innen			Ausfallstunden		
	2007	2008	Schweiz	2007	2008	Schweiz
Januar	42	4	470	3720	398	35 181
Februar	68	4	991	4955	391	74 338
März	38	7	1139	1438	441	81 638
April	0	1	1459	0	107	98 911
Mai	1	0	1432	144	0	83 482
Juni	1	0	1379	170	0	88 373
Juli	2	0	817	371	0	47 854
August	4	2	706	408	824	40 371
September	24	26	894	2063	1068	59 716
Oktober	17	0	1187	2785	0	81 200
November	11	134	3347	826	6464	188 434
Dezember	10	418	5791	631	18 686	332 441

2.3.3 Private Arbeitsvermittlung und Personalverleih

Der Rechtsdienst erteilte 2008 sieben neue Bewilligungen: acht für die private Arbeitsvermittlung und neun für den Personalverleih. Zwei weitere Bewilligungen wurden infolge eines Wechsels der verantwortlichen

Person oder einer Adressänderung erteilt. Zwei Bewilligungen zur Ausübung der privaten Arbeitsvermittlung und des Personalverleihs wurden entzogen und zwei Unterstellungsentscheide beschlossen. Des Weiteren sind zwei Personalverleihbetriebe Konkurs gegangen.

Der Rechtsdienst gab zu sechs Gesuchen für die grenzüberschreitende Vermittlung und zu sechs Gesuchen für den grenzüberschreitenden Personalverleih, die beim SECO eingereicht wurden, eine positive Stellungnahme ab. Er registrierte sieben spontane Bewilligungsgesuche und führte sieben Untersuchungen durch, um die rechtswidrige Ausübung der privaten Arbeitsvermittlung und des Personalverleihs zu bekämpfen und um dagegen vorzubeugen.

Sechs Betriebskontrollen wurden durchgeführt und fünf Kontrollberichte verfasst. Die aufgedeckten Verstösse zum Nachteil der Arbeitnehmenden betrafen hauptsächlich irreführende Lohnabrechnungen, den gesetzeswidrigen Personalverleih, die gesamtarbeitsvertraglichen Mindestlöhne, die Höhe der Vermittlungsprovisionen, gesetzeswidrige Abzüge der Kosten für Schutzausrüstung, Verstösse gegen das Ausländergesetz sowie die Form und den Inhalt der Verträge. Die betroffenen Betriebe erhielten eine Verwarnung vor dem Bewilligungsentzug oder ihnen wurde die Bewilligung entzogen.

Beim Rechtsdienst gingen ferner zwei Anzeigen über unzulässige Aktivitäten von Freiburger Arbeitsvermittlungs- und Personalverleihbetrieben durch die Behörden anderer Kantone ein. In einem Fall wurde ein Unterstellungsentscheid beschlossen, im anderen wird 2009 eine Untersuchung eingeleitet. Ein weiterer Betrieb wurde durch die Inspektoren im Bereich der Schwarzarbeit wegen gesetzeswidrigen Personalverleihs angezeigt.

2007 vermittelten die privaten Arbeitsvermittler des Kantons Freiburg 870 Schweizerinnen und Schweizer sowie 331 Ausländerinnen und Ausländer. Die Freiburger Personalverleihbetriebe schlossen mit 2803 Schweizerinnen und Schweizern sowie 3633 Ausländerinnen und Ausländern Verträge über insgesamt 2 945 983 Arbeitsstunden ab.

2.4 Stabsdienste

2.4.1 Kommunikation

Die Website des Amts ist eine Informationsquelle, die von Stellensuchenden, Arbeitnehmenden und Arbeitgebenden rege genutzt wird. Monatlich werden über 20 000 Zugriffe registriert. Das Amt beantwortete über 500 Fragen von Websitebesuchern.

2.4.2 Informatik

Das Amt setzte die Erneuerung der Informatikausrüstung fort. Die Inbetriebnahme des elektronischen Dokumentmanagementsystems sowie des neuen Datenverwaltungssystems des Bundes im Bereich der Arbeitslosenversicherung (AVAM) wurde verzögert und ist neu für das Frühjahr 2009 geplant.

2.4.3 Buchhaltung

Die Stabsdienste verwalten die gesamte Buchhaltung der vom Bund finanzierten Stellen sowie die Buchhaltung des kantonalen Beschäftigungsfonds. Die Hauptaufgaben liegen in der Auszahlung der Löhne von Stellensuchenden, die an einem Qualifizierungsprogramm (QP) im Sinne des BAHG teilnehmen, und in der Erstellung von Arbeitgeberbescheinigungen, Lohnausweisen und AHV-, SUVA- oder Quellensteuerabrechnungen.

Die Betriebskosten des Amts beliefen sich, unter Berücksichtigung der kantonalen und der eidgenössischen Buchhaltungen, auf 16,8 Millionen Franken. Aus dem kantonalen Beschäftigungsfonds wurden 1 283 950 Franken zur Finanzierung von Massnahmen für Arbeitslose aufgewendet, die ihren Anspruch auf Leistungen des Bundes ausgeschöpft haben. Die QP bei Unternehmen kosteten 577 247 Franken, die QP bei Institutionen 423 668 Franken und die QP bei Kanton und Gemeinden 283 035 Franken. Am 31. Dezember 2008 verfügte der Fonds über Mittel in der Höhe von 11 194 948 Franken.

IV. ÖFFENTLICHE ARBEITSLOSENKASSE

1. Aufgaben

Die Öffentliche Arbeitslosenkasse ist eine Einheit, die der Volkswirtschaftsdirektion administrativ zugewiesen ist. Sie wird von Dominique Schmutz, Verwalter der Kasse, geleitet. Gemäss der Bundesgesetzgebung über die Arbeitslosenversicherung steht sie allen im Kanton wohnhaften Versicherten für den Bezug von Leistungen offen. Zudem kann sie allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern von im Kanton ansässigen Unternehmen ungeachtet ihres Wohnsitzes Kurzarbeits- und Schlechtwetterentschädigungen ausrichten. Sie ist allein berechtigt, Insolvenzenschädigungen auszus zahlen.

2. Tätigkeit

2.1 Ordentliche Tätigkeit

In der ersten Jahreshälfte 2008 setzte sich der Rückgang der Arbeitslosigkeit fort. In der zweiten Jahreshälfte hat sich die Verlangsamung der Wirtschaft infolge der Schwierigkeiten im Finanzsektor auf die Arbeitslosigkeit ausgewirkt. Dennoch lag die Arbeitslosenquote für den Kanton Freiburg im Jahresdurchschnitt bei 2,5% der erwerbstätigen Bevölkerung (2,7% im Jahr 2007), was dem schweizerischen Durchschnitt entspricht.

Die Zahl der Anmeldungen bei der öffentlichen Arbeitslosenkasse ist um 5% auf 4786 Leistungsempfängerinnen und -empfänger gestiegen. Andererseits haben sich 49% der Stellensuchenden des Kantons bei der Kasse angemeldet.

Die öffentliche Arbeitslosenkasse hat 2008 die Optimierung ihrer Arbeitsinstrumente weitergeführt. Nach der erfolgreichen Einführung des Dokumentenmanage-

mentssysteme (DMS) wurden die Finanzdaten mithilfe des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO) auf eine neue Buchhaltungssoftware (SAP) migriert.

Das Personal der öffentlichen Arbeitslosenkasse hat sich zudem auf die Umsetzung des neuen Bundesgesetzes über die Familienzulagen (FamZG, SR 836.2) vorbereitet. Es ist am 1. Januar 2009 in Kraft getreten und soll die

Voraussetzungen für das Recht auf Familienzulagen auf Landesebene vereinheitlichen.

Ausserdem stellte die öffentliche Arbeitslosenkasse 2333 Verfügungen aus. Sie legte dem Amt für den Arbeitsmarkt 85 Fälle zum Entscheid vor. Es folgen einige statistische Angaben über die Tätigkeit der Kasse.

2.2 Ausbezahlte Leistungen

Arten von Leistungen und deren Anzahl	2007	2008	Veränderung %
<i>Anträge auf Arbeitslosenentschädigung (ALE)</i>			
Anzahl Versicherte	4182	4293	2,65%
Anzahl Anmeldungen und Wiederanmeldungen	4577	4786	4,57%
Anzahl ausbezahlter Taggelder	344 642	333 844	-3,13%
<i>Anträge auf Schlechtwetterentschädigung</i>			
Anzahl angemeldeter Unternehmen	22	16	-27,27%
<i>Anträge auf Kurzarbeitsentschädigung</i>			
Anzahl angemeldeter Unternehmen	8	8	0,00%
<i>Anträge auf Insolvenzentschädigung</i>			
Anzahl Versicherte	187	186	-0,53%
<i>Ausbezahlte Taggelder</i>	<i>2007 Fr.</i>	<i>2008 Fr.</i>	
Ganzarbeitslosigkeit (ALE)	46 126 379.75	45 774 865.75	-0,76%
Familienzulagen	1 289 500.80	1 420 930.70	10,19%
Arbeitsmarktliche Massnahmen (AMM)	3 397 327.40	3 374 197.05	-0,68%
Projektkosten (Anbieter)	15 129 990.00	13 854 937.50	-8,43%
Schlechtwetter und Kurzarbeit	359 823.80	361 394.55	0,44%
Insolvenz	982 079.45	729 841.55	-25,68%
Entschädigungen im Rahmen des Leistungsexports (Vorschüsse gemäss bilateralen Verträgen)	16 429.70	22 237.60	35,35%
Total	67 301 530.90	65 538 404.70	-2,62%

V. HANDELSREGISTERAMT

1. Aufgaben

Das Handelsregisteramt ist eine gestützt auf Bundesrecht errichtete Verwaltungseinheit. Es spielt eine wichtige Rolle im Bereich der Handelsbeziehungen, denn es liefert der Öffentlichkeit lückenlose und sichere Angaben zu Unternehmen, über die es Register führt und rechtlich relevante Daten veröffentlicht, um die Rechtssicherheit zu gewährleisten.

Die Leitung des Handelsregisteramts wurde am 1. Dezember 2008 Urška Kozomara Yao anvertraut. Sie übernahm die Stelle von Pierre-Alain Jenny, der am 30. November 2008 in Pension ging.

2. Tätigkeit

2.1 Ordentliche Tätigkeit

Im Jahr 2008 bearbeitete das Handelsregisteramt Dossiers für insgesamt 5337 Einträge im Handelsregister und verzeichnete damit eine Abnahme um 243 Tagebucheinträge gegenüber dem Vorjahr. Es registrierte 1222 neue Unternehmen/Gesellschaften und nahm die Löschung von 659 Unternehmen/Gesellschaften vor.

Die Website des Handelsregisteramts verzeichnete 298 223 Zugriffe aus der ganzen Welt.

Das Handelsregisteramt setzte seine Zusammenarbeit mit dem Bezirksgericht Saane im Rahmen der Ausbildung von Lehrfrauen und Lehrmännern fort, die bei einem sechsmonatigen Praktikum die grundlegenden Arbeitsabläufe eines Handelsregisters lernen können.

Die Ergebnisse des Projekts «Analyse der staatlichen Leistungen (ASL)», das 2007 anlief, wurde dem Staatsrat in der Form eines Leistungskatalogs zu Jahresbeginn unterbreitet und am 11. Februar 2008 von diesem gutgeheissen.

2.2 Statistik

2.2.1 Stand der aktiven Gesellschaften

Am 31. Dezember 2008 umfasste das Handelsregister des Kantons Freiburg folgende aktive Eintragungen:

Vereine	170
Genossenschaften	644
Unternehmen des öffentlichen Rechts	23
Einzelfirmen (EF)	5306
Stiftungen	523
Aktiengesellschaften (AG)	6725
Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH)	3351
Kommanditgesellschaften (KG)	27
Kommanditaktiengesellschaft	1
Ausländische Zweigniederlassungen	167
Schweizer Zweigniederlassungen	355
Unternehmen ohne Eintragungspflicht	8
Kollektivgesellschaften (KollG)	451
Total	17 751

2.2.2 Sprache der Registrierungen

Auf Französisch sind 13 935 Gesellschaften und auf Deutsch 3816 Gesellschaften registriert.

2.2.3 Vergleichsübersicht der neuen Gesellschaften

Vergleich der neu eingetragenen Gesellschaften zwischen 2004 und 2008:

	Verein	Gen.	EF	Stiftung	AG	GmbH	Zweign.	KollG/KG
2004	7	2	348	17	256	309	80	31
2005	7	3	351	24	292	350	60	49
2006	7	5	359	14	298	372	46	54
2007	8	5	374	17	291	415	57	43
2008	18	0	379	19	334	398	42	32

3. Gesetzgebung

Verschiedene Gesetzesrevisionen (insbesondere die neuen Bestimmungen des Obligationenrechts zur Gesellschaft mit beschränkter Haftung und zur Revision) machten eine globale Anpassung der eidgenössischen Gesetzgebung über Handelsregister notwendig. Der Kanton Freiburg hat diese Anpassung in die kantonale Gesetzgebung übertragen, indem das Gesetz vom

7. März 2001 über das Handelsregisteramt (HRAG) mit dem Gesetz vom 9. Oktober zur Anpassung verschiedener Gesetze an das Bundesgerichtsgesetz angepasst wurde.

VI. AMT FÜR VERKEHR UND ENERGIE

1. Aufgaben

Das Amt für Verkehr und Energie ist für alle Aspekte im Bereich des öffentlichen Verkehrs zuständig und sorgt insbesondere für die Koordination der verschiedenen Verkehrsmittel. Es ist ausserdem für die Förderung erneuerbarer Energien und kantonseigener Energiequellen sowie für die Förderung einer rationellen Energienutzung zuständig. Das Amt wird von Martin Tinguely, Dienstchef, geleitet.

2. Tätigkeit

2.1 Tätigkeit im Bereich des Verkehrs

2.1.1 Verkehrsplanung

Die beratende Kommission für Verkehrsfragen hielt eine Sitzung ab, an der sie sich hauptsächlich mit den Agglomerationsprojekten von Freiburg und Bulle sowie mit den Änderungen des kantonalen Richtplans befasste.

Auf regionaler Ebene setzte das Amt für Verkehr und Energie seine Planung an den künftigen Regionalfahrplänen der öffentlichen Verkehrsmittel fort.

Es verfolgte ferner die Arbeiten des Verkehrsverbunds der Agglomeration Freiburg (CUTAF) und des regionalen Verkehrsverbunds der Agglomeration Bulle (MOBUL).

2.1.2 Fahrpläne

Im Rahmen der Vernehmlassung zum Fahrplanentwurf 2009 hat das Amt die 235 eingereichten Gesuche untersucht. Die einen Gesuche zielten auf vorrangige Änderungen für den Fahrplan 2009, die anderen auf mittelfristige Änderungen, die im Rahmen der Planung des Fahrplans 2010 behandelt werden.

Gestützt auf die Offerten der Transportunternehmen verteilte das Amt nach Absprache mit dem Bundesamt für Verkehr die für den öffentlichen Verkehr bereitgestellten Mittel für die Fahrplanperioden 2008 und 2009.

2.1.3 Bahn 2000 – 2. Etappe

Das Amt beteiligte sich an den Planungsarbeiten der 2. Etappe der Bahn 2000, auch Bahnprojekt «ZEB» genannt.

2.1.4 Technische Verbesserungen bei den Unternehmen des öffentlichen Verkehrs

Den eisenbahnrechtlichen Bewilligungsverfahren für Planvorlagen entsprechend, bat das Bundesamt für Verkehr das kantonale Amt um Stellungnahme zu folgenden Vorhaben:

- Installation automatischer Barrieren bei einem Bahnübergang in der Gemeinde Vuadens;
- Bau der Infrastrukturen für das Bahnfunksystem auf dem Abschnitt Freiburg–Bern;
- Umbau des Bahnhofplatzes in Schmitten;
- Sanierung der Lärmschutzmassnahmen auf der Linie Lausanne–Freiburg–Bern;
- Stabilisierungsarbeiten an der Aufschüttung unter den Geleisen zwischen Wünnewil und Flamatt;
- Anhebung der Bahnsteige und Renovation des Bahnhofs in Fräschels.

2.1.5 Konzessionen und Bewilligungen zur Personenbeförderung

Das Bundesamt für Verkehr holte die Stellungnahme des Amtes zu einem Gesuch um Änderung einer Eisenbahnkonzession, fünf Gesuchen um Erneuerung und/oder Änderung von Automobilkonzessionen sowie sieben Gesuchen um Bewilligung für grenzüberschreitende Fahrten ein.

Gestützt auf das Reglement vom 3. November 1999 über die kantonalen Bewilligungen für die Personenbeförderung erteilte das Amt zehn Bewilligungen für die Personenbeförderung.

2.1.6 Seilbahnen und Skilifte

Das Amt entzog zwei Bewilligungen zum Betrieb eines Skilifts und eine Bewilligung eines Kleinskilifts und erneuerte drei Bewilligungen zum Betrieb eines Skilifts sowie fünfzehn Bewilligungen zum Betrieb eines Kleinskilifts. Es leitete 22 Inspektionsrapporte des Kontrollorgans des Interkantonalen Konkordats über Seilbahnen und Skilifte weiter.

2.1.7 Luftfahrthindernisse

Das Amt übermittelte dem Bundesamt für Zivilluftfahrt neun Meldungen über Anlagen, die die Luftfahrt behindern, und eine Meldung über die Entfernung eines Luftfahrthindernisses.

2.1.8 Luftfahrt

Das Amt nahm Stellung zum Verordnungsentwurf für Testflüge von Solar Impulse vom Flugplatz Payerne aus.

2.2 Aktivitäten der Energiefachstelle

2.2.2 Allgemeines

Die kantonale Energiewirtschaftskommission hielt zwei Sitzungen ab. Die Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich (MuKEN), die Steigerung der einheimischen Stromproduktion, die Strategien der kantonalen Energiepolitik für die kommenden Jahre, der Stand des Entwicklungspotenzials von Biotreibstoffen und das Potenzial der Windkraft im Kanton Freiburg wurden an diesen Sitzungen vorgestellt und besprochen.

Im Rahmen der Revision der kantonalen Energiepolitik organisierte das Amt zwei Anhörungssitzungen, an denen sich die energiepolitischen Akteure der Region, namentlich aus politischen, wirtschaftlichen und umweltschützerischen Kreisen, äussern und ihre Ansichten zu diesem Thema darstellen konnten.

Gemäss den energiepolitischen Grundsätzen des Kantons setzte das Amt seine Informationstätigkeit in den Gemeinden im Rahmen der Aktionen «EnergieSchweiz in Gemeinden» und «Energho» fort.

Es organisierte mehrere Kurse für Bauspezialisten. Einer davon betraf die Renovation und die Vorschriften im Bereich der Isolierung. Ferner wurde ein Blockkurs zur Fortbildung in Niedertemperatur-Geothermie abgehalten.

Zusammen mit anderen Dienststellen des Staats betreute es einen Informationsstand an der Energissima-Messe, die vom 17. bis am 20. April 2008 in Freiburg stattfand.

Das Amt führte die Information in den Schulen anhand des neuen Informationskonzeptes für die französischsprachigen Primarschulklassen des Kantons weiter.

Es beteiligte sich u. a. an Pilot- und Demonstrationsprojekten in den Bereichen Biogas, Sonnenenergie, Holz und Windenergie.

Ferner nahm es an verschiedenen interkantonalen Arbeits- und Begleitgruppen teil, die vom Bundesamt für Energie und von der Konferenz der kantonalen Energiefachstellen aufgestellt wurden.

2.2.3 Kühl- und/oder Befeuchtungsanlagen

Das Amt erteilte in Anwendung des Energiegesetzes vom 9. Juni 2000 zehn Bewilligungen.

2.2.4 Holzheizungen ab 70 kW

Das Amt sicherte in Anwendung des Energiereglements vom 5. März 2001 Beiträge an 15 Projekte zu, was einem Betrag von 120 997 Franken für eine Leistung von 1164 kW entspricht.

2.2.5 Thermische Solaranlagen

Das Amt sicherte in Anwendung des Energiereglements vom 5. März 2001 Beiträge an 310 Projekte zu, was einem Betrag von 461 460 Franken für eine Fläche von 3861 m² entspricht.

2.2.6 Gebäude, die den Minergie-Standard erfüllen

Das Amt sicherte in Anwendung des Energiereglements vom 5. März 2001 Beiträge an 62 Projekte zu, was einem Betrag von 174 240 Franken für eine Energiebezugsfläche von 37 549 m² entspricht.

2.2.7 Erdgas

Das Amt bewilligte den Bau und den Betrieb folgender Erweiterungen des Netzes der Frigaz AG:

- Sektoren Le Brienzy, Le Planchy, Gemeinde Vuadens;
- Sektoren Plans Communs, Pré Chenaux, Grands Buts, Gemeinde Vaulruz;
- Sektoren Liebherr Machines Bulle SA, Rue de l'Industrie, Industriezone Les Combes, Chemin de Croix-Blanche, Farchim, Gemeinde Bulle;
- Sektoren Chemin de la Croix-de-Pierre, Chemin des Marais, Bel-Air, Gemeinde Estavayer-le-Lac;
- Sektoren Novartis, Route de la Petite-Glâne, Gemeinde Saint-Aubin;
- Sektoren Ober Hubel, Maggenbergmatte, Gemeinde Tafers;
- Sektoren Route de Siviriez, Route de Lausanne, Chemin Sainte-Anne, Gemeinde Romont;
- Gemeinden Muntelier, Murten und Courgevaux.

Entsprechend dem eidgenössischen Bewilligungsverfahren für Planvorlagen hat das Bundesamt für Energie das Amt zum Bau der Druckreduzier- und Messstation der Gesellschaft Gaznat SA in der Gemeinde La Sonnaz angehört.

2.2.8 Hochspannungsleitungen

Entsprechend dem eidgenössischen Bewilligungsverfahren für Planvorlagen hat das Eidgenössische Starkstrominspektorat das Amt zu folgenden Projekten angehört:

- Transformatorenstation Les Chapelettes, 21-kV Kabelleitung zwischen den Stationen von Les Chapelettes, Gemeinden Chapelle und Rue;
- Transformatorenstation La Ramsera, 18-kV Gemischtleitung zwischen den Stationen Montsoflo und La Ramsera, Gemeinde La Roche;
- Transformatorenstation Clos des Iles, Kabelleitung zwischen den Stationen La Maladaire und Clos des Iles, Kabelleitung zwischen den Stationen Gram SA und Clos des Iles, Kabelleitung für die Station Clos des Iles, Gemeinde Villeneuve;
- Transformatorenstation Les Jorettes, 21-kV Kabelleitung zwischen den Stationen Les Faux und Les Jorettes, Gemeinde Semsales;
- 60-kV Freileitung zwischen den Stationen Corminbœuf und St-Loup, 60-kV Freileitung zwischen den Stationen Corminbœuf und Villarepos, Gemeinde Corminbœuf;
- 60-kV Freileitung zwischen den Stationen Monteynan und Romont, 60-kV Freileitung zwischen den Stationen Monteynan und Botterens, Gemeinden Corpataux-Magnedens und Farvagny;
- Transformatorenstation Sapaley, 18-kV Kabelleitung zwischen den Stationen Les Communs-Dessus und Sapaley, Gemeinde Vuisternens-devant-Romont.

VII. AMT FÜR STATISTIK

1. Aufgaben

Das Amt für Statistik ist das Zentralorgan für die kantonale Statistik. Seine Aufgabe besteht darin, den kantonalen Dienststellen und Körperschaften, den Gemeinden und der Öffentlichkeit statistische Dienstleistungen zu erbringen. Es koordiniert die kantonale Statistik sowie die Aufgaben, die der Kanton im Rahmen der Bundesstatistik zu erfüllen hat und stellt die nötigen Fachkenntnisse zur Erstellung und Analyse von Statistiken zur Verfügung. Es führt selber Erhebungen und Analysen durch, soweit es die ihm zur Verfügung stehenden Mittel erlauben, oder berät Verwaltungsstellen und wissenschaftliche Kreise bei ihrer Arbeit.

In seinen Publikationen und der Öffentlichkeit gegenüber tritt das Amt unter dem Namen «Statistik Freiburg» bzw. STAT-FR auf.

Seit 2005 ist Herr Pierre Caille als Dienstchef mit der Leitung des Amtes betraut.

2. Tätigkeit

2.1 Ordentliche Tätigkeit

2.1.1 Eidgenössische Statistik des jährlichen Bevölkerungsstandes (ESPOP)

Jedes Jahr erstellt das Bundesamt für Statistik (BFS) seine Statistik des Bevölkerungsstandes, indem es zum Ausgangsbestand die Wanderungsbewegung (Zu- und Wegzüge) und die natürliche Bewegung (Geburten und Todesfälle) hinzuzählt. Dabei bedient es sich verschiedener Register, die auf Landesebene zentralisiert sind, wie etwa des Zentralen Migrationsinformationssystems (ZEMIS) und des Zivilstandsregisters (INFOSTAR). Für die Wanderungsbewegung der Schweizer und Schweizerinnen muss es jedoch die einzelnen Kantone mit einer Erhebung beauftragen. Anhand dieser Informationen errechnet das BFS die ständige Wohnbevölkerung der Gemeinden, die dem Amt für Statistik des Kantons Freiburg als Grundlage zur Berechnung des Bestands der «zivilrechtlichen» Bevölkerung und der Wohnbevölkerung der Gemeinden dient. Mit Verordnung vom 16. September 2008 hat der Staatsrat die Bevölkerungsbestände vom 31. Dezember 2007 verabschiedet.

Das Amt ist an einem Projekt zur Zentralisierung der Daten aus den Einwohnerregistern der einzelnen Gemeinden auf Kantonsebene (Projekt «HarmPers») beteiligt. Mit diesem neuen Informationssystem, das die geltenden Anforderungen des Bundes an die Harmonisierung der Personenregister und Volkszählung erfüllt, wird man ab 2011 auch die nötigen Informationen für die jährliche Statistik des Bevölkerungsstands liefern können.

2.1.2 Schulstatistik

Die detaillierten Resultate der Schulstatistik 2007/08 hat das Amt im Statistischen Jahrbuch 2009 und auf seiner

Website veröffentlicht. Wie in den vergangenen Jahren sind dem BFS die gemäss Bundesgesetz nötigen Daten übermittelt worden. Die Zählung für das Schuljahr 2008/09 ist am 4. November 2009 in sämtlichen Schulen des Kantons durchgeführt worden, mit Ausnahme der Fachhochschulen und der Universität.

Das Amt ist am Projekt für ein harmonisiertes Schulverwaltungssystem beteiligt, dem Projekt «HarmAdmin-Ecoles». Mit Einführung dieses Systems, die für das Jahr 2011 geplant ist, sollten fast alle Informationen zur Verfügung stehen, die die Bundesstatistik im Bereich des Bildungswesens benötigt.

2.1.3 Baustatistik und Statistik der Immobilientransaktionen (Handänderungsstatistik)

Die Ergebnisse der kantonalen Baustatistik (Baubewilligungen, begonnene und beendete Bauten) und jene der Handänderungsstatistik sind regelmässig im *Freiburger Konjunkturspiegel* und auf der Website *Statistik Freiburg* veröffentlicht worden.

Im Auftrag des BFS nimmt das Amt für Statistik die Quartalerhebung der Wohnungsproduktion vor. Diese Umfrage wird in den Gemeinden per Stichprobe durchgeführt.

Ebenfalls für das BFS hat das Amt für Statistik die jährliche Bauerhebung durchgeführt.

Seit März 2005 ist das freiburgische Gebäude- und Wohnungsregister, das vom Kanton selbständig verwaltet wird, offiziell als Bestandteil des eidgenössischen Registers anerkannt. Der Kanton erhält somit eine Entschädigung für jede Aktualisierung des kantonalen Registers, die der Bund in sein Register übernimmt. Im Hinblick auf die Rolle, die es im Rahmen der Volkszählung 2010 spielen wird, sind im Jahr 2008 zahlreiche Kontrollen, Anpassungen und Aktualisierungen am Gebäude- und Wohnungsregister vorgenommen worden.

2.1.4 Konjunkturtest

Seit 1988 wird im Kanton Freiburg der Konjunkturtest in der Industrie durchgeführt, in enger Zusammenarbeit mit der Konjunkturforschungsstelle der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich (KOF) und der Handelskammer Freiburg.

Die wichtigsten Resultate werden vierteljährlich im *Freiburger Konjunkturspiegel* in Form von Kommentaren, Grafiken und Tabellen präsentiert.

2.1.5 Perspektiven der Freiburger Wirtschaft

Am 18. November 2008 haben die Freiburger Kantonalbank und das Amt für Statistik der Öffentlichkeit das Ergebnis der Zusammenarbeit mit dem Institut BAK Basel Economics vorgestellt, in der es darum ging, vorgezogene Wirtschaftsindikatoren für den Kanton Freiburg aufzustellen, namentlich mittels Schätzungen des Bruttoinlandsprodukts. Über 500 Personen haben an

dieser Veranstaltung teilgenommen, die im Forum Freiburg stattgefunden hat.

2.1.6 Beschäftigungsstatistik und Betriebszählung

In Zusammenarbeit mit dem Amt für Personal und Organisation und dem Amt für Informatik und Telekommunikation sammelt das Amt für Statistik die Angaben zur Kantonsverwaltung, die es jedes Quartal nach Überprüfung dem BFS übermittelt. Im Rahmen der eidgenössischen Betriebszählung, deren Stichtag der 30. September 2008 war, hat das Amt darüber hinaus die Aufgaben koordiniert, für die der Kanton verantwortlich ist (Kontrolle der Adressregister, Überprüfung der Angaben der Kantonsverwaltung). Drei solche Vollerhebungen werden pro Jahrzehnt durchgeführt, also eine alle drei bis vier Jahre.

2.1.7 Veröffentlichungen

Die vier Ausgaben des *Freiburger Konjunkturspiegels* sind im Februar, Mai, August und November erschienen. Ende 2008 zählte diese Publikation rund 500 Abonnenten.

In seiner neuen Aufmachung ist die jährliche Veröffentlichung *Perspektiven der Freiburger Wirtschaft* der Öffentlichkeit Ende November 2008 vorgestellt worden (siehe 2.1.5).

Die Ausgabe 2009 des *Statistischen Jahrbuchs des Kantons Freiburg* ist fristgerecht Ende Dezember 2008 erschienen.

Die kostenlose Taschenstatistik *Der Kanton Freiburg in Zahlen* ist ebenfalls im Dezember 2008 erschienen und zusammen mit dem Jahrbuch versandt worden. Diese von der Freiburger Kantonalbank und der Kantonalen Gebäudeversicherung herausgegebene Broschüre wird vom Amt für Statistik realisiert.

2.1.8 Website

Die Website Statistik Freiburg (www.stat-fr.ch oder www.fr.ch/stat/) hat im Herbst 2008 gleich mehrere Neuerungen erfahren:

- Migration auf das neue Content-Management-System, was eine Anpassung der Seiten an das harmonisierte Web-Layout der Kantonsverwaltung bedingte;
- Aufschalten eines Kartografiemoduls, mit dem einzelne Angaben aus der Online-Datenbank in Form von Karten dargestellt werden können;
- Integrierung der Webseiten des freiburgischen Arbeitsmarktsobservatoriums. Auf diesen Seiten ist insbesondere ein Lohnrechner zu finden, der die im Kanton Freiburg gültigen Löhne berechnet. Dieser verzeichnet durchschnittlich über hundert Abfragen pro Monat.

2.1.9 Auskunft

Im Jahr 2008 hat das Amt für Statistik rund tausend Anfragen unterschiedlicher Komplexität um statistische Informationen bearbeitet. Diese kommen grösstenteils von anderen internen Stellen der Kantonsverwaltung, von Gemeinden, Forschern, Studenten, Journalisten, politischen und wirtschaftlichen Führungskräften.

2.2 Besondere Ereignisse

2.2.1 Eidgenössische Volkszählung

Das Amt für Statistik nimmt am Projekt zur Harmonisierung und Zentralisierung der Daten aus den Einwohnerregistern der Gemeinden teil (Projekt «HarmPers»). Dieses neue System wird den kantonalen Verwaltungsstellen und anderen berechtigten Instanzen die nötigen Personenangaben in harmonisierter Form zur Verfügung stellen. Was die Statistik angeht, wird dieses System die vom Bund geforderten Informationen für die eidgenössische Volkszählung 2010 liefern können. Das Amt für Statistik ist mit einem Teilprojekt beauftragt worden, in dem es darum geht, die Gemeinden bei der Aktualisierung des Einwohnerregisters sowie der Vergabe der neuen AHV-Nummern und Gebäude- und Wohnungsidentifikatoren zu unterstützen. Das Gesamtprojekt steht unter der Leitung der Sicherheits- und Justizdirektion, wird jedoch von einer direktionsübergreifenden Struktur getragen.

Ein erster Test für die Zuweisung der neuen AHV-Nummern anhand von Auszügen aus den Einwohnerregistern hat im Oktober 2008 stattgefunden, die definitive Zuweisung soll ab dem 15. Januar 2009 erfolgen. Die Zuweisung wird von der Zentralen Ausgleichsstelle in Genf vorgenommen, und zwar anhand der Angaben aus den Gemeinden, die sie über die kantonalen Koordinationsstellen und das Bundesamt für Statistik erhalten.

2.2.2 Zusammenarbeit mit den anderen Kantonen und dem Bund

Seit Anfang 2006 ist der Dienstchef des Amts für Statistik Sekretär der Konferenz der regionalen statistischen Ämter der Schweiz (KORSTAT). In dieser Rolle hat er bei der Vorbereitung der Schweizer Statistiktage 2008 in Davos mitgeholfen. Das Amt ist auch als Mitglied der Conférence des offices statistiques romands et tessinois (CORT) aktiv und ist zudem im REGIOSTAT-Ausschuss, dem Organ zur Förderung der Zusammenarbeit und Koordination zwischen den regionalen statistischen Ämtern und dem Bund. Als Vertreter der Kantone nimmt es an verschiedenen Arbeitsgruppen teil, die sich mit neuen Projekten oder Reformen auf dem Gebiet der Bundesstatistik befassen. Das Amt ist namentlich provisorisch zur kantonalen Koordinationsstelle für die Reform der eidgenössischen Statistiken im Bereich des Bildungswesens ernannt worden.

2.2.3 Aufsicht und Kontrolle

Im Jahr 2008 sind die Aktivitäten des Amts für Statistik im Rahmen des Projekts «Analyse der Leistungen des Staates» (ASL) untersucht und ein Dienstleistungskatalog und diesbezügliche Empfehlungen aufgestellt worden. Der Bericht wird dann dem Staatsrat vorgelegt. Darüber hinaus ist es auch von der kantonalen Aufsichtsbehörde für Datenschutz überprüft worden. Den Prüfungsbericht wird die Aufsichtsbehörde direkt an die politischen Gremien weiterleiten.

2.2.4 Andere Aktivitäten

Das Amt beteiligt sich an zahlreichen Arbeitsgruppen auf kantonomer Ebene, namentlich an der interdepartementalen Arbeitsgruppe für die neue Regionalpolitik, am Ausschuss zum Projekt «Territoriale Gliederung», an der Projektleitung und der Arbeitsgruppe zur Harmonisierung der Personenregister, an der Projektleitung für das Schulverwaltungssystem, an der tripartiten Aufsichtskommission über den Arbeitsmarkt und an der Task Force für die Wirtschafts- und Konjunkturlage im Kanton. Im Rahmen dieser Projekte besteht seine Aufgabe in der Beschaffung und Analyse von statistischem Zahlenmaterial. Darüber hinaus hat das Amt auch mehrere parlamentarische Anfragen beantwortet, einen Bericht zur demografischen Entwicklung im Kanton verfasst und in Zusammenarbeit mit anderen beauftragten Ämtern zu mehreren Berichten beigetragen, namentlich zum Bericht über den Detailhandel und zu jenem über das kantonale Volkseinkommen. Abschliessend sei noch erwähnt, dass das Amt der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport auch im Jahr 2008 mit Rat und Tat bei der Anwendung der «procédure de pré-orientation» (PPO) beigestanden ist. Dieses System hat das Amt für Statistik im Jahr 2005 für die Auswertung und Verwaltung des Übergangsexamens von der französischsprachigen Primarstufe in die Sekundarstufe I entwickelt.

VIII. WOHNUNGSAMT

1. Aufgaben

Das Wohnungsamt ist für die Verwaltung der Finanzhilfen für subventionierte Wohnungen zuständig. Es befasst sich ausserdem mit allen anderen Aspekten der Wohnungspolitik und mit der Verwaltung der Schlichtungskommissionen. Das Amt wird von Martin Tinguely, Dienstchef, geleitet.

2. Tätigkeit

2.1 Wohnungsmarkt

Am 1. Juni 2008 zählte der Kanton Freiburg 1273 Leerwohnungen, das sind 32 weniger als im Vorjahr. Damit sank die Leerwohnungsziffer geringfügig von 1,12% im Jahr 2007 auf 1,08% des ungefähren kantonalen Gesamt-

wohnungsbestandes ab. Der Bau neuer Wohnungen erlaubte es, die zunehmende Nachfrage aufgrund des starken Bevölkerungswachstums im Kanton Freiburg zu decken.

Je nach Bezirk fällt die Leerwohnungsziffer sehr unterschiedlich aus, sie liegt aber überall, ausser im Saanebezirk, unter 1%.

Saane	1,70%
Glane	0,71%
Greyerz	0,95%
Broye	0,42%
Vivisbach	0,32%
Sense	0,78%
See	0,82%

Aufteilung der Leerwohnungen nach Kategorie:

1- und 2-Zimmer	19%
3-Zimmer	29%
4-Zimmer	35%
5-Zimmer und mehr	17%

Zudem sind 74% aller leer stehenden Wohnungen zu vermieten und 26% zu verkaufen.

Auf dem Freiburger Wohnungsmarkt ist das Angebot an Leerwohnungen von Ort zu Ort verschieden.

2.2 Wohnbauförderung

Der Bund kann gestützt auf das Wohnraumförderungsgesetz vom 21. März 2003 (WFG) zinslose oder zinsgünstige Darlehen gewähren, um das Angebot an preisgünstigen Mietwohnungen und den Zugang zu Wohneigentum zu fördern. Da aber das Bundesparlament dem Entlastungsprogramm 2003 zugestimmt hat, konnten die Artikel 12 und 24 WFG, die die gesetzliche Grundlage für diese direkten Darlehen darstellen, nicht mehr angewendet werden und im Februar 2007 hat der Bund endgültig darauf verzichtet.

Das Entlastungsprogramm 2003 hat keinen Einfluss auf die anderen Massnahmen des WFG: indirekte Hilfe für Bauherren, die nicht über ausreichend Eigenkapital verfügen (Bürgschaften, Rückbürgschaften, Unterstützung für Träger und Dachorganisationen des gemeinnützigen Wohnbaus sowie Fortsetzung der Forschungstätigkeit). Die Träger des gemeinnützigen Wohnbaus, die preisgünstigen Wohnraum bauen oder erneuern, können bei Dachorganisationen (Schweizerischer Verband für Wohnungswesen, SVW, dessen Sekretariat sich in Lausanne befindet) zinsgünstige Darlehen beantragen.

2.3 Mietzinsverbilligung durch die öffentliche Hand

In Ausführung des Wohnbau- und Eigentumsförderungsgesetzes vom 4. Oktober 1974 (WEG) und des Gesetzes vom 26. September 1985 über die Sozialwohnbauförderung erfüllt das Amt besonders zwei Aufgaben:

- Mieterwechsel (etwa 1000 pro Jahr) und Auszahlung der Beiträge des Kantons und der Gemeinden an die Anspruchsberechtigten. Die kantonalen Beiträge zur Senkung der Mietzinse beliefen sich auf 4 711 403 Franken, während die Gemeindebeiträge 2 106 440 Franken betrugen;
- Kontrolle der persönlichen und finanziellen Lage der Bezügerinnen und Bezüger von Bundesleistungen (etwa 8000 Wohnungen). Aufgrund dieser Kontrollen wurde eine gewisse Zahl von Beiträgen gekürzt oder gestrichen.

2.4 Kontrolle der gewährten Beiträge

Bei Gebäuden, die aufgrund des Bundesratsbeschlusses vom 30. Juni 1942 betreffend Massnahmen zur Milderung der Wohnungsnot und zur Förderung des Wohnungsbaus, des Bundesbeschlusses vom 8. Oktober 1947 über Massnahmen zur Förderung der Wohnbautätigkeit und der verschiedenen Gesetze zur Verbesserung der Wohnverhältnisse in Berggebieten erstellt wurden, sind die Eigentümer verpflichtet, die staatlichen Beiträge zurückzuzahlen, falls sie beim Verkauf ihrer Liegenschaft einen Gewinn erzielen. 2008 gaben neun Liegenschaftsverkäufe Anlass zur Rückerstattung von Subventionen. Der Gesamtbetrag dieser Rückerstattungen belief sich auf 73 410 Franken. Die Anteile von Bund und Gemeinden wurden zurückbezahlt. Verschiedene Verkäufe wurden ausserdem bewilligt, bei denen keine Subventionsrückzahlung notwendig war, da die Eigentümer ihre Liegenschaft zu den Gestehungskosten verkauften.

2.5 Verbesserung der Wohnverhältnisse in Berggebieten

Das Bundesgesetz vom 20. März 1970 über die Verbesserung der Wohnverhältnisse in Berggebieten ermöglicht es dem Amt, Eigentümern, die ihre Wohnung renovieren wollen, nichtrückzahlbare Darlehen zu gewähren. Eine Finanzhilfe wird gewährt, wenn die renovierungsbedürftige Wohnung in einem Berggebiet gemäss eidgenössischem landwirtschaftlichem Produktionskataster liegt, von einer Familie in bescheidenen Verhältnissen bewohnt wird und es sich um wertvermehrende Arbeiten handelt.

Im Rahmen des neuen Finanzausgleichs zwischen dem Bund und den Kantonen wird diese Aufgabe ab 2008 vollständig den Kantonen übertragen. Der Staatsrat hat beschlossen, keinen Erlass in der Sache aufzustellen und folglich die gesamten Subventionen auf dem Gebiet aufzuheben.

Eine letzte Finanzhilfe wurde 2007 im Greyerzbezirk gesprochen. Die entsprechende Bauabrechnung wird 2009 genehmigt werden. Die noch ausstehenden Beiträge belaufen sich auf 40 000 Franken.

2.6 Massnahmen gegen Missbräuche im Mietwesen

Die drei Schlichtungsstellen behandelten im Berichtsjahr 1093 Anfechtungen. Diese Einsprachen, die hauptsächlich den Mietzins, die Nebenkosten und den Kündigungsschutz betrafen, wurden wie folgt geregelt:

Einigung	553	(63%)
Keine Einigung	112	(13%)
Entscheide über Kündigungsschutz und Mietzinshinterlegung	120	(14%)
Nichteintreten, Rückzug	60	(7%)
An das Schiedsgericht weitergeleitete Fälle	20	(3%)
	845	(100%)
Ende 2008 noch hängige Fälle	248	
Total Gesuche 2008	1093	

2.7 Baulandreserven

2008 wurden keine Gesuche um Staatsgarantien für Baulandreserven gemäss Dekret vom 11. Mai 1977 betreffend Baulandreserven gestellt.

2.8 Verkauf von Grundstücken an Ausländer

Gemäss Artikel 25 des Gesetzes vom 26. September 1985 über die Sozialwohnbauförderung werden die Mietzinse der Liegenschaften, die Personen im Ausland gehören, durch das Wohnungsamt festgelegt. 2008 wurde dem Amt kein Gesuch um Erwerb einer Liegenschaft in diesem Bereich gestellt.

2.9 Kantonale Wohnungskommission

Die kantonale Wohnungskommission wurde mit Beschluss des Staatsrats vom 20. April 1993 gebildet. Ihre Aufgaben beinhalten vor allem die Analyse von Angebot und Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt, die Überwachung der Mietzinse und die Förderung von Initiativen, mit denen Wohnraum zu günstigen Mietzinsen oder Kaufpreisen angeboten werden kann. Die Kommission hielt im Berichtsjahr keine Sitzung ab.

IX. AMT FÜR BERUFSBILDUNG

1. Aufgaben

Das Amt für Berufsbildung, das von Fritz Winkelmann, Dienstchef, geleitet wird, ist mit der Beaufsichtigung und dem Vollzug der Gesetzgebung des Bundes und des Kantons über die Berufsbildung und den interkantonalen Vereinbarungen auf dem Gebiet beauftragt. Es sorgt ferner für die Umsetzung der Massnahmen zur Förderung der Berufsbildung, mit denen insbesondere die Partner in der Berufsbildung angespornt werden, Ausbildungsplätze zu schaffen. Es informiert, berät und

begleitet alle Partner auf dem Gebiet der Berufsbildung und alle in Ausbildung stehenden Personen.

2. Tätigkeit

2.1 Ordentliche Tätigkeit

Das neue Bundesgesetz über die Berufsbildung (BBG) ist am 1. Januar 2004 in Kraft getreten. Nach einer Übergangsperiode von vier Jahren wird seit dem 1. Januar 2008 das neue Finanzierungssystem des Bundes, das auf Pauschalen beruht, angewendet. Das kantonale Gesetz vom 13. Dezember 2007 über die Berufsbildung (BBiG) definiert die Grundsätze dieser Pauschalbeiträge.

Gemäss dem BBiG erarbeitete das Amt die Vorlagen für Leistungsverträge zwischen der Volkswirtschaftsdirektion und allen Privatpartnern, die einen Beitrag erhalten. Diese Leistungsverträge benötigen noch die Genehmigung des Staatsrats und müssen anschliessend von den betroffenen Parteien angenommen werden.

2008 sind 32 Verordnungen über die berufliche Grundbildung (11 Ausbildungen über 2 Jahre mit eidgenössischem Berufsattest sowie 21 Ausbildungen über 3 respektive 4 Jahre mit eidgenössischem Fähigkeitszeugnis) in Kraft getreten.

Im Mai hat ein Lehrstellenförderer seine Tätigkeit im Amt aufgenommen. Die Entwicklung dieser neuen Struktur ist eine Fortsetzung der Anstrengungen, die 2008 die Schaffung von 454 zusätzlichen Lehrstellen ermöglichten (+6% im Vergleich zum Vorjahr). Der Bestand der Auszubildenden hat zugenommen und beträgt im Berichtsjahr 8020 Personen, was einer Zunahme von rund 40% innerhalb von zehn Jahren entspricht. 1261 Personen besuchen den Berufsschulunterricht ausserhalb des Kantons.

Die Verbesserung der Hilfsmassnahmen im Umgang mit Jugendlichen, die mit Schwierigkeiten konfrontiert sind, wurde im Regierungsprogramm zur Priorität erklärt. Die kantonale Kommission für Jugendliche mit Schwierigkeiten bei der beruflichen Eingliederung, deren Mitglieder vom Staatsrat ernannt werden, hat 2008 acht Sitzungen abgehalten. Ein Bericht, der das Ergebnis ihrer Arbeiten enthält, wurde dem Staatsrat unterbreitet. Im Rahmen des kantonalen Konzepts namens «Case Management», das hauptsächlich vom Bundesamt für Berufsbildung und Technologie finanziert wird, wurden im Sommer und Herbst 2008 verschiedene Betreuungsmassnahmen umgesetzt. In der ersten Phase dieses Projekts wurden die aufgrund von Eingliederungsschwierigkeiten gefährdeten Jugendlichen im ersten Jahr der Orientierungsschule identifiziert und erfasst. Ab Beginn des zweiten Jahres erhielten diese Jugendlichen eine spezifische Unterstützung. Anschliessend wird diese Risikogruppe auch im letzten obligatorischen Schuljahr und beim Übergang zur Sekundarstufe II beobachtet und betreut werden. Bei der beruflichen Grundbildung wurden die Massnahmen zur Begleitung der Auszubildenden mithilfe der Berufsfachschulen, Lehrwerkstätten und Praktikumsschulen umgesetzt. Diese Massnahmen

werden auch im Rahmen eines Konzepts behandelt, das eine Anlage des Tätigkeitsberichts der Kommission bildet.

2.2 Besondere Ereignisse

Am 3. März 2008 hat die Vereinigung des Kantonalen Berufsbildungszentrum (VKBZ) die Bauarbeiten für das Projekt «Boucle» in Angriff genommen. Dazu gehört der Bau eines geräumigen Schulgebäudes, einer Dreifachturnhalle, zweier Einstellhallen sowie der Umbau der bestehenden Infrastrukturen am Standort «Derrière-les-Remparts» in Freiburg. Die Bauten werden auf den Schulanfang 2010 einsatzbereit sein.

Was das Gebäude der Lehrwerkstätten Freiburgs betrifft, so wies das Verwaltungsgericht im Mai 2007 die beiden 2006 erhobenen Einsprachen gegen die Baubewilligung ab. Zwei neue Einsprachen wurden beim Bundesgericht eingereicht, das Anfang 2008 entschieden hat, die Baubewilligung zu entziehen. Das Bauprojekt wurde folglich geändert, um die Gebäudefläche zu verkleinern und somit dem gesetzlichen Abstand zur westlichen Grenze der Parzelle zu entsprechen. In einem zweiten Schritt wurde ein Entwurf des Detailbebauungsplans (DBP) für die Parzelle «Ilot du Musée» ausgearbeitet. Parallel dazu wurde ein neues Baubewilligungsgesuch eingereicht und der DBP wurde in die öffentliche Vernehmlassung gegeben. Beide wurden im September 2008 ohne Einsprache angenommen. Die Bauarbeiten können also Anfang 2009 wieder aufgenommen werden und im Verlauf des Sommers 2011 abgeschlossen werden.

Am 3. Dezember 2008 hat der Grosse Rat einstimmig das Dekret über die Gewährung eines Verpflichtungskredits für den Erwerb des Gebäudes «La Timbale» und seiner Ausstattung, zurzeit Eigentum der Firma Schule für Multimedia und Kunst Freiburg AG (EMAF), angenommen. Dieser wichtige Entscheid erhält die Bildungsgänge im Bereich der bildenden Kunst und der Kommunikation in unserem Kanton. Es geht nun darum, den Übergang und damit den Schuljahresbeginn 2009 sicherzustellen.

Am 11. Dezember 2008 erhielt das Amt die Zertifizierung ISO 9001:2008. Das zertifizierte Qualitätsmanagementsystem umfasst die Entwicklung, Kontrolle, Betreuung und Finanzierung der beruflichen Grundbildung, der höheren Berufsbildung und der berufsorientierten Weiterbildung.

2.3 Berufsbildungskommission

Mit dem Inkrafttreten des Gesetzes über die Berufsbildung haben sich die kantonale Kommission für Berufsbildung, die Aufsichtscommission über die Berufsmaturität und der beratende Ausschuss des Weiterbildungs- und Informatikzentrums in einer einzigen Berufsbildungskommission zusammengeschlossen. Sie besteht aus 13 Mitgliedern und hat am 17. Oktober 2008 ihre erste Sitzung abgehalten. Sie behandelt namentlich Themen, die die berufliche Grundbildung, die Berufs-

maturität und die Bildungsgänge im Zusammenhang mit der höheren Berufsbildung und der berufsorientierten Weiterbildung betreffen.

2.4 Berufliche Grundbildung / Vorbereitung auf die berufliche Grundbildung

	Verträge		Fähigkeitszeugnisse / Ausweise			
	2007	2008	2007	2008		
Berufsmaturität BMS 2	170	207				
Lehre (einschl. lehrbegleitende Berufsmaturität)	6931	7352	1579	295	1766	349
Art. 32 BBV «Besondere Zulassungsvoraussetzungen» (ehemaliger Art. 41 BBG)	110	98	34			130
Praktische Ausbildung	12	18	10			12
Anlehre	50	37	60			60
Vorlehre	38	45				
Vorkurs	185	194				
Integrationskurs	70	69				
Total	7566	8020	1978		2317	

2.5 Beruflicher Unterricht

Der berufliche Unterricht der Auszubildenden im Kanton wird von den fünf Berufsfachschulen sichergestellt, aber auch durch andere schulische Institutionen im Kanton. Die folgende Tabelle gibt Aufschluss über Schülerbestände dieser Schulen, die auch 262 Auszubildende mit einem Lehrvertrag in einem anderen Kanton ausbilden:

Berufsfachschule	Personen in Ausbildung		Total
	Französisch	Deutsch	
Gewerbliche und Industrielle Berufsschule (GIBS), Freiburg	2392	798	3190
Kaufmännische Berufsschule (KBS), Freiburg	684	387	1071
Lehrwerkstätten Freiburg (LWF)	330	59	389
Gewerbliche und Kaufmännische Berufsschule (GKBS), Bulle	988		988
Berufsfachschule Soziales-Gesundheit (ESSG), Posieux	291	24	315
Total	4685	1268	5953

Die Kaufmännische Berufsschule ist ab dem Schuljahresbeginn 2008–2009 geöffnet und beherbergt als schweizweite Premiere erstmals eine zweisprachige Klasse für die berufsbegleitende Handelsberufsmatura über zwei Jahre nach Erlangung des EFZ. Diese Klasse zählt neun deutschsprachige und vier französischsprachige Schülerinnen und Schüler.

Die Berufsfachschule Soziales-Gesundheit verzeichnet eine steigende Anzahl Auszubildende. Bei ihrer Gründung im Jahr 2006 hatten sich 136 Auszubildende eingeschrieben, 2008 waren es 315 Personen. Auszubildende der 2006 eingeführten Berufsbezeichnung Fachfrau Betreuung/Fachmann Betreuung werden in Fachkreisen immer besser akzeptiert. Die Zusatzausbildung für Pflegehelferinnen und Pflegehelfer, die ein EFZ als Fachfrau Gesundheit/Fachmann Gesundheit erlangen wollen, trifft auf eine grosse Nachfrage; bis 2012 sind alle Kurse komplett.

In der Zeit bis zur Einführung der beruflichen Grundbildung über zwei Jahre im Bereich Soziales-Gesundheit und im Zusammenhang mit einer Verlängerung des Reglements des Schweizerischen Roten Kreuzes hat der Staatsrat am 8. Juli 2008 beschlossen, die Ausbildung Pflegefachfrau/Pflegefachmann bis ins Jahr 2012 weiterzuführen und das Ausbildungsangebot von der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport (EKSD) in die Volkswirtschaftsdirektion (VWD) beziehungsweise von der Hochschule für Gesundheit in die ESSG zu verlegen.

2.6 Überbetriebliche Kurse und Fachkurse

Im Schuljahr 2007–2008 besuchten 7496 Lehrfrauen und Lehrmänner die überbetrieblichen Kurse im Kanton, also 477 Auszubildende mehr als im Vorjahr.

2.7 Berufsorientierte Weiterbildung

Das Weiterbildungs- und Informatikzentrum (WIZ) registrierte 2273 Kursanmeldungen, davon 777 für Informatikkurse, 842 für Managementkurse, 190 für Kurse im Bereich Industrie und Gewerbe, 247 für Kurse in Personalverwaltung, 135 für Sprachkurse, 35 für Kurse im Verkauf und 47 für Pädagogikkurse.

2.8 Gewerbebibliothek

Die Gewerbebibliothek Freiburg erwarb 1321 neue Titel und liess 7232 Werke aus. Gemäss ihrer Statistik besuchten 152 Berufsschulklassen und 13 894 Einzelpersonen die Bibliothek. Am 31. Dezember 2008 waren 8346 Leserinnen und Leser registriert.

Die Bibliothek mit dem Zentrum für pädagogische Bezugsquellen der Gewerblichen und Kaufmännischen Berufsschule in Bulle erwarb 465 neue Titel und liess 2678 Werke aus. Die Bibliothek wurde von 5514 Personen besucht und 1351 Leserinnen und Leser waren am 31. Dezember 2008 registriert.

X. FACHHOCHSCHULE FREIBURG FÜR TECHNIK UND WIRTSCHAFT

1. Aufgaben

Die Fachhochschule Freiburg für Technik und Wirtschaft (FHF-TW) unter der Leitung von Jean-Etienne Berset, Generaldirektor, und die ihr angegliederten Schulen, nämlich die Hochschule für Technik und Architektur Freiburg (HTA-FR) und die Hochschule für Wirtschaft Freiburg (HSW-FR), führen die ihnen durch die Bundesgesetzgebung übertragenen Aufgaben als Fachhochschulen aus. Diese umfassen den Unterricht, die berufliche Weiterbildung, die Forschung und Entwicklung, die Dienstleistungen für Dritte und die Zusammenarbeit auf nationaler und internationaler Ebene.

2. Tätigkeit

2.1. Tätigkeit der FHF-TW

Seit Januar 2006 ist die Generaldirektion der FHF-TW neben der HTA-FR und der HSW-FR auch für die beiden anderen Schulen der HES-SO Freiburg zuständig, nämlich die Hochschule für Gesundheit Freiburg (HfG-FR) und die Hochschule Freiburg für Soziale Arbeit (HFSA), die der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport angegliedert sind.

Die FHF-TW hat ihre Weiterentwicklung im seit 2005 definierten Rahmen verfolgt. Die gemeinsamen Anstrengungen dienen der Weiterführung der Aktivitäten im Sinne der verschiedenen strategischen Leitlinien, insbesondere derjenigen zur Qualität. Auch der Leitlinie «Synergien» wurde besonders viel Aufmerksamkeit zuteil. Konkrete Beispiele für die erzielten Synergien sind die Eröffnung der Krippe Pérollino am 4. Februar 2008, der gemeinsame Ansatz in der Frage der Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz und die Weiterführung der Treffen, die der Tätigkeit anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung (aF&E) gewidmet sind und die Bildung von aF&E-Projekten anstreben, an denen zwei oder mehrere Schulen teilnehmen.

Im Bereich der Schülerbestände bleibt die Entwicklung positiv, die HTA-FR ist sogar die einzige Ingenieurschule der HES-SO, die zum Beginn des akademischen Jahres 2008/09 einen Anstieg der Studierendenzahlen verzeichnete. Auch die Studierendenzahlen der HSW-FR sind nach einem vorübergehenden Rückgang zwischen 2005 und 2007 erneut angestiegen.

Auf dem Gebiet der Bildungsgänge ergänzen mehrere Master-Studiengänge die Bachelorausbildung, weitere werden folgen. Es muss betont werden, dass die Freiburger Schulen diese Master-Studiengänge nie im Alleingang organisieren, sondern immer in Zusammenarbeit mit anderen Fachhochschulen der Westschweiz und der Schweiz.

Am 25. Juni 2008 hat die HES-SO im Namen ihrer vier Schulen eine Rahmenvereinbarung über die Zusammenarbeit mit der Universität Freiburg unterzeichnet. Diese

neue Vereinbarung ersetzt die Zusammenarbeitsvereinbarung vom 12. März 1997 zwischen der Universität und der Ingenieurschule Freiburg, ISF (heute HTA-FR) und der Höheren Wirtschafts- und Verwaltungsschule, HWV (heute HSW-FR).

Die informelle Arbeitsgruppe unter der Leitung der HES-SO, die seit einigen Jahren vier kantonale Hochschulen der HES-SO vereint (HES-SO // Arc, HES-SO // Genf, HES-SO // Freiburg und HES-SO // Wallis), hat ihre Anstrengungen für eine Zusammenführung der jeweiligen Erfahrungen mit Qualitätsmanagementsystemen fortgesetzt. In diesem Zusammenhang hat die HES-SO Freiburg am 10. Juni 2008 eine Sitzung zum Thema «Verhältnis zwischen Zertifizierung und Akkreditierung» organisiert.

2.2 Tätigkeit der HTA-FR

2.2.1 Ausbildung

Wie schon in der Vergangenheit nimmt der Bestand an Studierenden weiterhin regelmässig um rund 5% pro Jahr zu. 2008 wurde der letzte Jahrgang Studierender verabschiedet, die noch ein Fachhochschuldiplom in Technik oder Architektur erhielten. Dazu wurden die ersten Master in Architektur vergeben. Der erste Bachelorstudiengang, der 2006 eingeführt wurde, wird 2009 mit der Erteilung der ersten Bachelordiplome zum Abschluss kommen.

Die Vorbereitungen für die Master in Engineering (MSE) und in Life Sciences (MLS) wurden weitergeführt. Ihre Einführung, die ursprünglich für das akademische Jahr 2008/09 geplant war, wurde von allen Ingenieurschulen der HES-SO koordiniert auf 2009/10 verschoben.

Die HTA-FR hat ihr Angebot im Bereich der Zweisprachigkeit ergänzt. Seit Beginn des akademischen Schuljahrs 2007/08 gibt es mit Ausnahme der Architektur in allen Bereichen französisch-deutsche Studiengänge.

2.2.2 Berufliche Weiterbildung

Wie in den vergangenen Jahren hat die Abteilung für Bau und Umwelt ein «Certificate of Advanced Studies» (CSU) im Bereich des erdbebensicheren Bauens organisiert. Dieses Bildungsangebot wurde in Zusammenarbeit mit dem Studiengang für Tiefbau der EPFL aufgestellt.

Die Abteilung für Informations- und Kommunikationstechnologie hat sich in Zusammenarbeit mit ihren Partnern der HES-SO am Aufbau eines «Masters of Advanced Studies» in den Bereichen Internet, Sicherheit und Mobile Applikationen beteiligt.

Ferner wurden den Ingenieurinnen und Ingenieuren der Westschweiz sowie zahlreichen Studierenden aus den Bereichen Informatik und Telekommunikation im Rahmen der Sommeruniversität weiterhin die Kurse «Cisco Academy» und «XML Academy» angeboten. Ausserdem war die HTA-FR 2008, wie bereits in den vergangenen Jahren, für den Unterricht der Technolo-

giemodule des MBA-Programms des Internationalen Instituts für Management in Technologie zuständig.

2.2.3 Forschung und Entwicklung sowie Dienstleistungen für Dritte

Im Jahr 2008 erzielte dieser Bereich einen Umsatz von 7,81 Millionen. 78% dieses Umsatzes wurden durch Forschungsprojekte und 22% durch Dienstleistungen für Dritte erwirtschaftet. Die Finanzierung wird zu 33% durch Fremdkapital, zu 48% durch die HES-SO und zu 19% durch andere Mittel sichergestellt. 134 Projekte wurden realisiert, 102 davon im Bereich der aF&E und 32 im Bereich der Dienstleistungen für Dritte. Vier Projekte wurden mit ausländischen und 41 mit Freiburger Partnern durchgeführt. Insgesamt 120 wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Studierende arbeiteten voll- oder teilzeitig an diesen Projekten, was 38,6 Vollzeitstelleneinheiten entspricht. 55 Dozierende begleiteten oder leiteten diese Projekte im Umfang von 7,2 Vollzeitstelleneinheiten. Dies bedeutet, dass die Dozierenden 13% ihrer Aktivität der Forschung widmen, während dieser Anteil an den Universitäten 50% beträgt.

Am 25. November 2008 hat der Staatsrat des Kantons Freiburg beschlossen, das Wissenschafts- und Technologiezentrum des Kantons Freiburg (WTZ-FR) als erstes im Rahmen der Neuen Regionalpolitik gefördertes Projekt zu finanzieren. Das Projekt wurde von der HTA-FR ausgearbeitet und auf zwei Jahre hinaus geplant; es geniesst die Unterstützung der Universität Freiburg und mehrerer Partner aus der Privatwirtschaft. Das WTZ-FR wurde als Verein gegründet. Sein Ziel ist es, die Zusammenarbeit von Forschung und Wirtschaft innerhalb von vier thematischen Clustern zu fördern: Netzwerk Kunststofftechnologie, Cluster Informationssysteme und Sicherheit, Cluster Stahl-Glas-Energie und Netzwerk Nanotechnologie.

2.2.4 Nationale und internationale Zusammenarbeit

27 Studierende der HTA-FR, also rund 20% aller Diplomandinnen und Diplomanden, haben ihre Diplomarbeit an ausländischen Universitäten mit Erfolg abgeschlossen: Kanada (11), USA (7), Mexiko (4), Niederlande (2), Finnland (2) und Frankreich (1).

Drei Studierende haben einen Auslandsaufenthalt von einem Semester gemacht und zwei Studierende haben ihr Masterstudium im Rahmen ihrer Diplomarbeit an der Universität Calgary weitergeführt.

40 ausländische Studierende absolvierten im Rahmen ihrer Bachelor- bzw. Masterarbeit oder ihrer Doktorarbeit einen Austauschaufenthalt an der HTA-FR. Die Studierenden aus Europa organisierten ihren Aufenthalt im Rahmen des Austauschprogramms Erasmus, die Übrigen kamen hauptsächlich aus Mexiko, Brasilien, dem Libanon, Vietnam und China.

Die internationalen Kontakte werden dank der ständigen Akquisitionstätigkeit der Dozierenden regelmässig ausgebaut. Im Berichtsjahr reisten rund dreissig Dozierende ins Ausland, um eine Diplomarbeit vorzubereiten oder die Grundlagen für eine zukünftige Zusammenarbeit zu legen, während fünfzehn ausländische Dozierende von der HTA-FR empfangen wurden. Zusätzlich zu den Erasmusverträgen wurden spezifische Zusammenarbeitsvereinbarungen mit der Northeastern University Boston, der Universität Libanon und der Politechnika Krakowska in Polen abgeschlossen.

2.2.5 Andere Ereignisse

Während den Fasnachtsferien und den Herbstferien organisierte der Studiengang Elektrotechnik Praktika für interessierte Schülerinnen und Schüler der Orientierungsschulen, um ihnen einen Einblick in den Beruf Elektronikerin/Elektroniker und Elektrikerin/Elektriker zu verschaffen.

Am 18. und 19. Februar organisierte die HTA-FR zusammen mit der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Freiburg zum achten Mal in Folge Praktika für Gymnasiastinnen in wissenschaftlichen und technischen Berufen.

Ende Februar hat die HTA-FR ihre Tätigkeit in Lugano vorgestellt, im Rahmen der «Espoprofessionisti», einer Veranstaltung für Schülerinnen und Schüler der Orientierungsschulen, die eine Lehrstelle suchen. Mitte Mai nahm sie am «Salon des étudiants» in Lausanne teil und einen Monat später am Immobiliensalon im Forum Freiburg.

Am 4. April reiste die HTA-FR erneut ins Tessin, um dort ihr Bildungsangebot den Studierenden der SAMT (Schule für Kunst und Gewerbe in Trevano) vorzustellen und nur knappe fünf Tage später empfing die HTA-FR eine Delegation von Studierenden und Lehrpersonen des CAMB (Zentrum für Kunst und Gewerbe in Bellinzona).

Am 23. Mai haben knapp 5000 Personen, hauptsächlich Jugendliche, an der dritten Veranstaltung von «Campus Fever» teilgenommen. Dieses Ereignis wird von einem Komitee organisiert, in dem nunmehr alle Hochschulen der Péroles-Ebene vertreten sind.

Die Tage der offenen Tür und die Ausstellung der Diplomarbeiten fanden am 14. und 15. November statt. Sie erlaubten es den Absolventinnen und Absolventen, ihre Diplomarbeiten vorzustellen, und gaben der Freiburger Bevölkerung die Gelegenheit, den Reichtum und die Vielfalt der Aktivitäten der HTA-FR zu entdecken.

In der Hochschullandschaft Schweiz erfolgte zusätzlich zur FH Kalaidos, deren Genehmigung 2005 erteilt wurde, die Eröffnung einer zweiten privaten Fachhochschule. Es handelt sich dabei um die Fachhochschule Les Roches-Gruyère (HES LRG), deren Genehmigung am 2. Juli 2008 durch den Bundesrat erteilt wurde. Diese neue FH hat ihren Firmensitz und den Hauptcampus in Bulle. Sie bietet einen Bachelorstudiengang in Hotellerie an.

2.3 Tätigkeit der HSW-FR

2.3.1 Ausbildung

Mit rund 60 Studierenden im Bachelorstudiengang und 20 im Masterstudiengang sowie einem Anstieg der Studierendenanzahl in den Nachdiplomabildungen zählt die HSW-FR insgesamt über 490 Studentinnen und Studenten. Im Vergleich zu den 400 Studierenden im Jahr 2007 stellt dies einen Anstieg um 22% dar.

Der «Master of Science in Business Administration», der von der FHF-TW organisiert wird, machte die HSW-FR um einen schönen Erfolg reicher, da sie die Fachrichtung Entrepreneurship leitet. Der Master, als Folgestudium des Bachelors, ermöglicht es den Studierenden, neben dem Studium einer Teilzeitarbeit nachzugehen. Mit einer Dauer von zwei Jahren bereitet dieser Studiengang die Absolventinnen und Absolventen auf ihre künftige Rolle als leitende Angestellte im Management vor. Sie lernen, Verantwortung im Änderungsmanagement zu tragen, in privaten Unternehmen wie in öffentlichen Dienststellen.

2.3.2 Berufliche Weiterbildung

In Zusammenarbeit mit der HSW Bern wurde 1999 das Programm «EMBA - Integrated management» lanciert. Seither kennt es einen ungebrochenen Erfolg. Nun wurde es auch vom Organ für Akkreditierung und Qualitätssicherung der Schweizerischen Hochschulen erfolgreich evaluiert. Es richtet sich an Personen mit mindestens fünf Jahren Berufserfahrung. Seit dem Abschluss des ersten Studiengangs haben nicht weniger als 170 Diplomandinnen und Diplomanden aus Freiburg und über 200 aus Bern diesen Studiengang erfolgreich abgeschlossen.

Nebst diesem EMBA bietet die HSW-FR fünf Weiterbildungsgänge, Certificate of Advanced Studies (CAS), an mit insgesamt rund 80 Teilnehmerinnen und Teilnehmern:

- Gestion d'entreprise et gestion de projet
- Gestion immobilière (neuer Bildungsgang seit Ende 2008)
- Environnement
- Communication d'entreprise (neuer Bildungsgang seit Anfang 2008)
- CAS für Fach- und Führungskräfte (Nachdiplomkurs)

2.3.3 Forschung und Entwicklung sowie Dienstleistungen für Dritte

Rund zwanzig Forschungsprojekte und Dienstleistungen für Dritte wurden 2007/08 realisiert. In diesem Rahmen wurden verschiedene wissenschaftliche Arbeiten und Artikel veröffentlicht; die Professorinnen und Professoren konnten ihre Arbeit an Kongressen, Konferenzen und anderen öffentlichen Anlässen vorstellen.

2.3.4 Nationale und internationale Zusammenarbeit

Zwei neue Abkommen über Zusammenarbeit wurden unterzeichnet, einerseits mit der Hochschule Liechtenstein (Mai 2008) und andererseits mit der University of Vermont, School of Business Administration (September 2008).

Für den Unterricht in den Nachdiplomkursen im Fachbereich Management hat die HSW-FR hauptsächlich mit der Universität Trier (D) und der École de management in Grenoble (F) zusammengearbeitet, während sie im Fachbereich «Gestion de projet» mit der Université du Québec in Trois-Rivières (CAN) Kontakte pflegt. Für den EMBA erfolgte die Zusammenarbeit im Wesentlichen mit den erwähnten Universitäten sowie mit der Universität Monterrey in Mexiko.

2.4 Statistik

2.4.1 Personalstatistik

	HTA-FR ¹		HSW-FR		FHF-TW	
Lehrpersonal	07/08	08/09	07/08	08/09	07/08	08/09
Vollzeit	53	53	7	8	60	61
Teilzeit	80	87	27	33	107	120
Total	133	140	34	41	167	181

	HTA-FR ¹		HSW-FR		FHF-TW	
Wissenschaftliche und technische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter						
Vollzeit	71	64	6	3	77	67
Teilzeit	21	27	2	6	23	33
Total	92	91	8	9	100	100
Verwaltung und Direktion						
Vollzeit	7	9	3	3	10	12
Teilzeit	13	10	5	5	18	15
Total	20	19	8	8	28	27
Lehrfrauen und Lehrmänner						
	24	28	--	--	24	28
Gesamttotal						
Vollzeit	155	154	16	14	171	168
Teilzeit	114	124	34	44	148	168
Total	269	278	50	58	319	336

¹ Einschliesslich Bautechnische Schule (BTS)

2.4.2 Statistik der Studierenden

	1. Jahr	2. Jahr	3. Jahr	4. Jahr	Master	Total	Diplome 2008	Master 2008
HTA-FR								
Architektur	50	42	34	8	21	155	32	6
Chemie	38	20	14	–	–	72	14	–
Bauingenieurwesen	21	15	12	–	–	48	9	–
Informatik	28	21	22	–	–	71	20	–
Telekommunikation	25	16	15	–	–	56	13	–
Elektrobau	39	42	–	–	–	133	–	–
Elektronik	–	–	24	–	–	–	22	–
Elektrotechnik	–	–	28	–	–	–	19	–
Maschinenbau	39	33	21	–	–	93	17	–
Total HTA-FR	240	189	170	8	21	628	146	6
HSW-FR								
Betriebswirtschaft (Vollzeitstudium)	27	51	17	–	–	95	16	–
Betriebswirtschaft (berufsbegleitendes Studium)	74	29	50	28	–	181	26	–
Total HSW-FR	101	80	67	28	–	276	42	–

	1. Jahr	2. Jahr	3. Jahr	4. Jahr	Master	Total	Diplome 2008	Master 2008
BTS								
Bauführung	25	12	17	–	–	54	17	-
Total FHF-TW	366	281	254	36	21	958	205	6
Davon auf FH-Stufe	341	269	237	36	21	904	188	6

2.4.3 Statistik der Studierenden nach Herkunft (Kanton, Ausland)

	HTA-FR	HSW-FR	BTS
Freiburg	318	202	21
Bern	31	46	5
Genf	23	–	-
Jura	14	1	7
Neuenburg	20	–	3
Tessin	66	1	-
Waadt	72	21	11
Wallis	43	–	7
Andere Kantone	17	5	-
Ausland	24	–	-

2.5 Bautechnische Schule

Die Bautechnische Schule (BTS) ist eine höhere Fachschule (HFS) auf nichtuniversitärer Tertiärstufe.

Die HFS spielen eine wichtige Rolle bei der Ausbildung von Spezialisten, die aus der Praxis kommen. Neben dem Angebot an Berufsprüfungen und höheren Fachprüfungen bieten die HFS die Möglichkeit, sich die nötigen Kompetenzen anzueignen, um technische und administrative Verantwortung zu übernehmen.

Die HFS vergeben zurzeit etwa 4000 Diplome pro Jahr. Die Integration der Bereiche Gesundheit, Soziales und Kunst wird voraussichtlich die Zahl der ausgestellten Diplome in den kommenden Jahren verdoppeln.

Die Statistik der Studierenden der BTS befindet sich in den oben stehenden Tabellen unter 2.4.1 und 2.4.3.

2.6 Stand der Stipendienfonds

Fonds/Stiftung	Stand am in Fr.	
	31.12.2007	31.12.2008
Stiftung Habricht del Soto	37 134.50	37 877.20
Fonds James Daler	72 480.10	73 929.70
Fonds Frédéric Broillet, Kunstmaler	54 712.25	55 806.50
Fonds Ampelio Regazzoni, Bildhauer	20 133.45	20 536.10
Fonds Placide Perroset	8 501.45	8 671.50
Fonds J.-B. Zbinden	4 505.00	4 595.10
Stiftung Krankenkasse der Ingenieurschule	89 973.71	91 773.16

3. Gesetzgebung

Die Ausarbeitung eines Gesetzes über die Fachhochschule Westschweiz / Freiburg (LHES-SO) wurde per Beschluss des Staatsrats vom 30. Mai 2007 unterbrochen, angesichts der Unsicherheiten darüber, welche Verwaltungsform letztlich auf Ebene der HES-SO gewählt wird. Nachdem dieser Punkt geklärt war, bewilligte der Staatsrat die Weiterführung der Vorbereitungsarbeiten zum erwähnten Gesetz per Beschluss vom 18. Juni 2008. Ende Dezember 2008 wurde bei den zwei betroffenen Direktionen, der VWD und der EKSD, ein Gesetzesvorentwurf über diesen Gegenstand eingereicht.

XI. PERSONALBESTAND

<i>BEHÖRDEN - DIREKTIONEN Kostenstellen</i>	<i>Rechnung 2008 VZÄ</i>	<i>Rechnung 2007 VZÄ</i>	<i>Differenz VZÄ</i>
VOLKSWIRTSCHAFT	557,40	537,50	19,90
ZENTRALVERWALTUNG	70,86	66,45	4,41
3500 / ETES Generalsekretariat	6,18	5,55	0,63
3505 / PECO Wirtschaftsförderung Kanton Freiburg	7,74	7,45	0,29
3510 / OPEM Amt für den Arbeitsmarkt	11,74	10,07	1,67
3525 / RCOM Handelsregisteramt	5,95	6,00	-0,05
3535 / LOGE Wohnungsamt	2,93	2,96	-0,03
3542.1 / SFPR Amt für Berufsbildung	23,38	21,25	2,13
3560 / STAT Amt für Statistik	7,94	8,17	-0,23
3570 / TRCE Amt für Verkehr und Energie	5,00	5,00	
UNTERRICHTSWESEN	486,54	471,05	15,49
3542.2 / EPAI Gewerbliche und industrielle Berufsschule	144,44	144,10	0,34
3542.3 / EPCO Kaufmännische Berufsschule	45,78	43,87	1,91
3542.4 / EPAC Gewerbliche und kaufmännische Berufsschule	37,39	36,08	1,31
3542.5 / EPSS Berufsschule Gesundheit - Soziales	26,06	20,73	5,33
3542.6 / EMEF Lehrwerkstätten Freiburg	53,67	52,97	0,70
3557 / ETEC Technische Schulen	5,89	5,68	0,21
3558 / HESF Fachhochschule Freiburg für Technik und Wirtschaft	173,31	167,62	5,69